ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Lammers, Konrad; Soltwedel, Rüdiger

Working Paper — Digitized Version

Verbesserung der Ansiedlungsbedingungen für Unternehmen in Schleswig-Holstein

Kieler Diskussionsbeiträge, No. 127

Provided in Cooperation with:
Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Lammers, Konrad; Soltwedel, Rüdiger (1987) : Verbesserung der Ansiedlungsbedingungen für Unternehmen in Schleswig-Holstein, Kieler Diskussionsbeiträge, No. 127, ISBN 3925357408, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/1082

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

KIELER DISKUSSIONSBEITRÄGE

KIEL DISCUSSION PAPERS

127

Verbesserung der Ansiedlungsbedingungen für Unternehmen in Schleswig-Holstein

von Konrad Lammers und Rüdiger Soltwedel

AUS DEM INHALT

- Seit Mitte der siebziger Jahre bleibt die wirtschaftliche Entwicklung Schleswig-Holsteins hinter der des Bundesgebietes zurück. Die wirtschaftliche Dynamik in Schleswig-Holstein könnte sich erhöhen, wenn es gelänge, mehr Unternehmen als bisher für eine Ansiedlung zu gewinnen.
- Für Ansiedlungen in Schleswig-Holstein spielten in den vergangenen Jahren Unternehmen aus Hamburg eine dominierende Rolle. Drei Viertel dieser Unternehmensverlagerungen richteten sich auf Standorte, die nicht weit von den Landesgrenzen Hamburgs entfernt liegen. Diese kleinräumige Wanderung von Unternehmen hängt - wie eine Unternehmensbefragung der Instituts für Weltwirtschaft zeigt - sicherlich zum Teil mit regionalpolitischen Fördermaßnahmen zusammen. Sie ist aber auch die natürliche Folge hoher Agglomerationskosten in Hamburg. Am wichtigsten war den ansiedlungswilligen Unternehmen, daß freie Ansiedlungsflächen dort verfügbar waren, wo auch weiterhin das große Marktpotential und die Infrastrukturvorteile Hamburgs genutzt werden konnten. Zudem wurden die Behörden in Schleswig-Holstein als wesentlich wirtschaftsfreundlicher eingeschätzt.
- Um auch weiterhin von einer vertieften räumlichen Arbeitsteilung mit Hamburg profitieren zu können, sollten die sich im Hamburger Umland abzeichnenden Engpässe beim Angebot von Gewerbe- und Industrieflächen beseitigt werden.
- Die Impulse, die der südliche Landesteil erfährt, wirken nicht nachhaltig genug auf die übrigen Gebiete. Gefragt sind Konzeptionen, die den Standort Schleswig-Holstein insgesamt attraktiver machen. Dazu können nahezu alle Politikbereiche beitragen; insbesondere gilt dies für die bauplanerischen Vorgaben des Landes und der Kommunen, die Bildungspolitik, die Verkehrs- und Kommunikationspolitik.
- Wirtschaftliche Aktivität könnte sich besser entfalten, wenn unzweckmäßige Regulierungen beseitigt würden. Viele Regulierungen - z.B. im Verkehrsbereich, bei der Telekommunikation - sind mit Nachteilen für periphere Regionen verbunden, und in der peripheren Lage liegt ein gewichtiges Entwicklungshemmnis für Schleswig-Holstein. Gleiches gilt für die Lohnpolitik, die den wirtschaftlichen Gegebenheiten im Lande nicht ausreichend Rechnung trägt.
- Eine solche Strategie zur Öffnung der Märkte könnte das im Grunde positive Image, das Schleswig-Holstein - auch wegen seiner wirtschaftsfreundlichen Bürokratie - offenbar bei den Unternehmen hat, erheblich verbessern. Zwar zeigt die Unternehmensbefragung, daß Schleswig-Holstein mehr das Image eines Agrarlandes als eines Industrielandes hat; aber das Land wird eher als zukunftsorientiert und dynamisch bezeichnet denn als rückwärtsgerichtet und gemächlich.

INSTITUT FÜR WELTWIRTSCHAFT KIEL · JANUAR 1987

ISSN 0455-0420

INHALTSVERZEICHNIS

I. Einleitung 3

II. Datenbasis 5

1. Zum Adressenmaterial 5

2. Zum Aufbau der Fragebögen 6

III. Ergebnisse der Unternehmensbefragung 6

1. Zur Differenzierung der befragten Unternehmen 6

2. Strukturmerkmale der befragten Unternehmen 8

a. Herkunft 8

b. Weitere Strukturmerkmale 8

3. Strukturmerkmale der durchgeführten oder beabsichtigten Investitionsvorhaben ... 10

a. Standorte 10

b. Art der Ansiedlung 11

c. Zwecke der Ansiedlung 13

d. Investitionsvolumen und Arbeitsplätze 13

4. Das Image Schleswig-Holsteins 14

5. Der Standort Schleswig-Holstein aus der Sicht der befragten Unternehmen 16

a. Das Standortprofil Schleswig-Holsteins 16

b. Die Rangordnung der Ansiedlungsfaktoren 17

c. Zu einzelnen Aspekten der Standortbewertung 21

6. Zum Vergleich: Ergebnisse anderer empirischer Untersuchungen 27

IV. Wirtschaftspolitische Überlegungen zur Verbesserung der Standortqualität Schleswig-Holsteins 29

1. Dominanz des Hamburger Umlands - eher Chance als Risiko 29

2. Impulse für Schleswig-Holstein - Aspekte einer Entwicklungsstrategie 31

Anhangtabelle 38

Literaturverzeichnis 39

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Lammers, Konrad:
Verbesserung der Ansiedlungsbedingungen für Unternehmen in Schleswig-Holstein / von Konrad Lammers u. Rüdiger Soltwedel. Inst. für Weltwirtschaft, Kiel. — Kiel: Inst. für Weltwirtschaft, 1987.
(Kieler Diskussionsbeiträge; 127)
ISBN 3-925357-40-8
NE: Soltwedel, Rüdiger:; GT

©
Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel
Postfach 43 09, D-2300 Kiel 1
Alle Rechte vorbehalten
Ohne ausdrückliche Genehmigung ist es auch nicht
gestattet, den Band oder Teile daraus
auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) zu vervielfältigen
Printed in Germany
ISSN 0455 - 0420

I. Einleitung

1. Seit der ersten Hälfte der siebziger Jahre hat die wirtschaftliche Wachstumsdynamik in der Bundesrepublik stark nachgelassen, und das Niveau der Arbeitslosigkeit hat sich drastisch erhöht. Auch im Zuge des konjunkturellen Aufschwungs seit 1983 hat sich trotz steigender Beschäftigung die Arbeitslosigkeit bisher kaum vermindert; erst im Verlauf des Jahres 1986 sank die Arbeitslosenquote unter das Niveau des Vorjahres. Für die zweite Hälfte der achtziger Jahre muß weiterhin mit erheblicher Unterbeschäftigung gerechnet werden.

Die Wachstums- und Beschäftigungsprobleme werden heute weitgehend übereinstimmend in engem Zusammenhang mit einem unbewältigten Strukturwandel gesehen, der auch eine ausgeprägte regionale Komponente hat. Die einzelnen Bundesländer sind von Wachstumsschwäche und Arbeitslosigkeit in unterschiedlichem Ausmaß betroffen. In der öffentlichen Debatte wird vom "Süd-Nord-Gefälle" gesprochen. In der Tat zeigt sich ein Gefälle zwischen den süddeutschen Bundesländern einerseits und den nordwestdeutschen andererseits, und zwar gemessen an der Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) sowie der Höhe und der Veränderung der Arbeitslosigkeit (vgl. Tabellen 1 und 2).

Tabelle 1 - Entwicklung der wirtschaftlichen Aktivität in der Bundesrepublik und den Bundesländern 1970-1985(a)

	1970-1975	1975-1980	1980-1985	1970-1985	1975-1985
Schleswig-Holstein	3,3	3,0	0,7	2,3	1,8
Hamburg	1,3	2,3	1,1	1,6	1,7
Niedersachsen	1,9	3,7	0,9	2,1	2,3
Bremen	1,9	2,4	0,3	1,7	1,3
Nordrhein-Westfalen	1,7	2,8	0,5	1,7	1,7
Hessen	2,5	4,0	1,2	2,6	2,6
Rheinland-Pfalz	2,2	3,8	1,1	2,4	2,4
Baden-Württemberg	2,2	3,4	1,4	2,3	2,4
Bayern	2,5	4,2	2,2	3,0	3,2
Saarland	2,7	2,7	1,4	2,3	2,1
Berlin (West)	0,8	2,2	1,8	1,6	2,0
Bundesgebiet	2,1	3,3	1,2	2,2	2,3
Norden (b)	2,0	3,1	0,9	2,0	2,0
Süden (c)	2,4	3,8	1,6	2,6	2,7

(a) Jahresdurchschnittliche Zuwachsrate des realen BIP in vH; für 1985 vorläufige Werte. - (b) Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen. - (c) Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern.

Quelle: Statistisches Bundesamt [b]; eigene Berechnungen.

Gekürzte Fassung eines Gutachtens für den Minister für Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein. Die Autoren danken insbesondere Klaus-Werner Schatz, der das Projekt vielfältig unterstützt hat, Carmen Wessel für ihre unermüdliche Schreibarbeit und Sibylle Ruhnke für die sorgfältige redaktionelle Überarbeitung des Manuskripts.

Tabelle 2 - Entwicklung der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik und den Bundesländern 1973 - 1985

	Registrierte Arbeitslose in vH der Erwerbspersonen(a)				Relative Veränderungen		
	1973	1975	1980	1985	1975/1973	1980/1975	1985/1980
Schleswig-Holstein	1,6	5,2	4,2	11,1	3,25	0,81	2,64
Hamburg	0,8	3,7	3,4	12,3	4,63	0,92	3,62
Niedersachsen	1,8	5,5	4,7	12,3	3,06	0,85	2,62
Bremen	1,6	4,5	5,3	15,2	2,81	1,18	2,87
Nordrhein-Westfalen	1,3	4,8	4,6	11,0	3,69	0,96	2,39
Hessen	1,0	4,5	2,8	7,2	4,50	0,62	2,57
Rheinland-Pfalz	1,1	5,1	3,8	8,7	4,64	0,75	2,29
Saarland	2,0	6,1	6,5	13,4	3,05	1,07	2,06
Baden-Württemberg	0,5	3,5	2,3	5,4	7,00	0,66	2,35
Bayern	1,3	5,2	3,5	7,7	4,00	0,67	2,20
Berlin (West)	1,1	3,7	4,3	10,0	3,36	1,16	2,33
Bundesgebiet	1,2	4,7	3,8	9,3	3,92	0,81	2,45

(a) Jahresdurchschnitte.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit [versch. Jgg.]; eigene Berechnungen.

In der Bundesrepublik scheinen sich tiefgreifende Verschiebungen regionaler Wachstumsschwerpunkte durchzusetzen. Offenbar sind einige Bundesländer besser als die anderen gerüstet, die allgemeine Wachstumsschwäche und die damit verbundenen Arbeitsplatzdefizite zu überwinden.

2. Vom Süd-Nord-Gefälle ist auch Schleswig-Holstein betroffen: Im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet ist die durchschnittliche Wachstumsrate des BIP der letzten 10 Jahre deutlich geringer; sie liegt sogar - wenn auch nur geringfügig - unter der Norddeutschlands. Die Arbeitslosigkeit liegt traditionell über dem Bundesdurchschnitt, der Abstand ist seit 1980 sogar noch größer geworden. Offenbar mangelt es an dynamischen Unternehmen, die den erforderlichen Umstrukturierungsprozeß vorantreiben und einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes leisten können. Es scheint deshalb wünschenswert, die Rahmenbedingungen dafür zu verbessern, daß mehr Unternehmen als bisher für eine Ansiedlung in Schleswig-Holstein gewonnen werden können.

3. Dies legt nahe zu untersuchen, ob sich systematische Diskrepanzen erkennen lassen zwischen Standortanforderungen ansiedlungswilliger Unternehmen und deren subjektiver Einschätzung des Standortprofils von Schleswig-Holstein. Dementsprechend lag die Zielsetzung dieser Untersuchung darin, vor dem Hintergrund solcher Diskrepanzen Ansatzpunkte dafür aufzuzeigen, in welchen Bereichen Ansiedlungsbedingungen in Schleswig-Holstein gezielt verbessert werden können und welche möglichen Vorteile des Landes ansiedlungswilligen Unternehmen stärker bewußt gemacht werden sollten. Mit dieser Untersuchung wurde nicht angestrebt, die Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung in Schleswig-Holstein im Vergleich

zu jener in anderen Bundesländern systematisch zu erfassen und Erklärungen dafür zu suchen. Das Blickfeld wurde vielmehr begrenzt auf die Ansiedlung von Unternehmen, die bisher außerhalb Schleswig-Holsteins tätig gewesen sind. Es ging also nicht darum, Expansions- und Innovationsaktivitäten von schon ansässigen Unternehmen oder von Existenzgründern zu analysieren.

4. Um eine tragfähige Basis für eine Antwort auf die Frage zu gewinnen, welche Ansiedlungshemmnisse es gibt und wie man dazu beitragen könnte, das Land für Unternehmensansiedlungen attraktiver zu machen, hat das Institut für Weltwirtschaft eine Unternehmensbefragung durchgeführt. Dabei wurden 3 Gruppen von Unternehmen in die Untersuchung einbezogen: 1) Unternehmen, die sich tatsächlich angesiedelt haben, 2) Unternehmen, die sich durch eine Investitionsentscheidung zugunsten einer anderen Region gegen Schleswig-Holstein entschieden haben und 3) solche Unternehmen, die eine Ansiedlung aufgeschoben oder gänzlich verworfen haben.

5. In Kapitel II wird das Adressenmaterial beschrieben und der Aufbau der Fragebögen erläutert.

In Kapitel III werden die Ergebnisse der Befragung im einzelnen beschrieben. Zunächst geht es um Strukturmerkmale der befragten Unternehmen, der durchgeführten oder beabsichtigten Investitionsvorhaben, um das Imagebild Schleswig-Holsteins bei den befragten Unternehmen und die Beurteilung des Standorts Schleswig-Holstein. Anschließend werden die Befragungsergebnisse zu den Standortfaktoren dargestellt, bewertet und mit Ergebnissen anderer Untersuchungen verglichen.

In Kapitel IV werden wirtschaftspolitische Überlegungen darüber angestellt, wie die Standortqualität des Landes verbessert werden kann.

II. Datenbasis

1. Zum Adressenmaterial

6. Das Adressenmaterial für die Fragebogenaktion wurde von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH bereitgestellt (1). Erfaßt wurden Unternehmen, die sich in den Jahren 1980-1984 in Schleswig-Holstein angesiedelt haben, sowie Unternehmen, die in den Jahren 1980-1984 Interesse gezeigt hatten, in Schleswig-Holstein eine Ansiedlung vorzunehmen, die sich aber - zumindest bislang - nicht in Schleswig-Holstein angesiedelt haben. Grundsätzlich

(1) Das Adressenmaterial der Wirtschaftsförderungsgesellschaft wurde in einigen Fällen ergänzt durch Angaben der Industrie- und Handelskammern zu Flensburg, Kiel und Lübeck.

wurden nur solche Unternehmen befragt, die noch nicht in Schleswig-Holstein ansässig waren bzw. die durch ihre Ansiedlung zum ersten Mal Schleswig-Holstein als Standort gewählt haben. Ausgeschlossen von der Befragung wurden also alle Fälle von Betriebs- und Unternehmensverlagerungen, die innerhalb Schleswig-Holsteins beabsichtigt waren oder vorgenommen worden sind. Unberücksichtigt blieben auch tatsächliche und beabsichtigte Existenzgründungen sowohl aus Schleswig-Holstein als auch von außerhalb.

2. Zum Aufbau der Fragebögen

7. Für Ansiedler und Nicht-Ansiedler wurden jeweils eigene Fragebögen konzipiert. Für jede der beiden befragten Unternehmenskategorien wurden drei verschiedene Versionen von Fragebögen entworfen, weil je nach Unternehmenstyp - Produktionsunternehmen, Handelsunternehmen, Dienstleistungsunternehmen - sich die erfragten Tatbestände zum Teil unterschieden und an Produktionsunternehmen zusätzliche Fragen gestellt wurden (1).

Die gestellten Fragen lassen sich vier Themenkomplexen zuordnen: 1) Angaben zur Charakterisierung des Unternehmens, welches sich in Schleswig-Holstein angesiedelt bzw. eine Ansiedlung in Schleswig-Holstein geplant hat; 2) Angaben zur Charakterisierung der geplanten bzw. der durchgeführten Investitionen, für die Schleswig-Holstein als Standort gewählt bzw. in Erwägung gezogen wurde; 3) Gründe, die dazu geführt haben, sich in Schleswig-Holstein anzusiedeln oder davon Abstand zu nehmen; 4) Vorstellungen, die die Unternehmen mit Schleswig-Holstein verbinden (Imagebild).

III. Ergebnisse der Unternehmensbefragung

1. Zur Differenzierung der befragten Unternehmen

8. Bei der Auswertung der Fragebögen ergeben sich drei Gruppen von Unternehmen (vgl. Tabelle 3):

Gruppe 1: Unternehmen, die sich für eine Ansiedlung in Schleswig-Holstein entschieden haben. Diese Gruppe umfaßt die 36 Unternehmen, die sich in Schleswig-Holstein angesiedelt haben (Ansiedler).

---

(1) Muster der Fragebögen können auf Anfrage vom Institut für Weltwirtschaft bezogen werden.

Gruppe 2: Unternehmen, die sich weder für noch gegen Schleswig-Holstein entschieden haben. Diese Gruppe umfaßt die 32 Unternehmen, die das Investitionsvorhaben aufgeschoben oder aufgegeben haben.

Gruppe 3: Unternehmen, die sich gegen Schleswig-Holstein entschieden haben. Diese Gruppe umfaßt die 25 Unternehmen, die das Investitionsvorhaben, für das Schleswig-Holstein einmal in Erwägung gezogen worden war, in einer anderen Region verwirklicht haben oder verwirklichen werden (Nicht-Ansiedler).

9. Von den 57 Ansiedlungsinteressenten haben sich 25 definitiv gegen Schleswig-Holstein entschieden (vgl. Tabelle 3), indem sie ihre Investitionspläne in anderen Regionen schon verwirklicht haben oder sich zumindest inzwischen gegen eine Realisierung in Schleswig-Holstein entschieden haben (1). Die übrigen 32 Unternehmen haben zwar nicht anderen Regionen den Vorzug gegeben; sie konnten sich aber auch - bislang - nicht für Schleswig-Holstein entscheiden. Die Gründe dafür sind zumeist gesamtwirtschaftlicher oder unternehmensinterner Natur.

Tabelle 3 - Aufgegebene, aufgeschobene sowie an anderen Standorten verwirklichte Investitionsvorhaben

	Anzahl der Unternehmen	vH
Aufgabe des Investitionsvorhabens	8	14,0
Aufschub des Investitionsvorhabens	26	45,6
davon:		
Schleswig-Holstein kommt weiterhin als Standort in Frage	24	42,1
Schleswig-Holstein ist als Standort ausgeschieden	2	3,5
Durchführung des Investitionsvorhabens am alten Standort	14	24,6
Durchführung des Investitionsvorhabens an einem anderen Standort	9	15,8
davon:		
in einem anderen Bundesland	8	14,0
im Ausland	1	1,8
Insgesamt	57	100,0

(1) Die Entscheidung gegen Schleswig-Holstein als Standort gilt allerdings nur für die Investitionspläne, die Anknüpfungspunkt dafür waren, daß die entsprechenden Unternehmen befragt wurden. Für spätere Investitionspläne dieser Unternehmen ist nicht ausgeschlossen, daß Schleswig-Holstein als Standort erneut ins Kalkül gezogen wird.

2. *Strukturmerkmale der befragten Unternehmen*

a. Herkunft

10. Unternehmen, die tatsächlich in Schleswig-Holstein eine Ansiedlung vorgenommen haben oder die sich für eine Ansiedlung in Schleswig-Holstein interessieren bzw. interessiert haben, stammen zum ganz überwiegenden Teil aus Hamburg. Von den 36 Unternehmen, die sich in den Jahren 1980-1984 in Schleswig-Holstein angesiedelt und den Fragebogen beantwortet haben (Gruppe 1), hatten allein 33 (92 vH) vor der Ansiedlung ihren Sitz in Hamburg. Die Unternehmen der Gruppen 2 und 3 waren zu knapp 70 vH in Hamburg ansässig.

11. Der höhere Prozentsatz der tatsächlich angesiedelten Unternehmen, die Hamburg als Herkunftsort aufweisen, gegenüber den Nicht-Ansiedlern deutet darauf hin, daß Schleswig-Holstein vor allen Dingen für Hamburger Unternehmen von Interesse ist. Unternehmen, die in anderen Regionen ihren Sitz haben, zögern offensichtlich eher mit ihrer Ansiedlungsentscheidung zugunsten Schleswig-Holsteins oder sind auch entscheidungsfreudiger zugunsten anderer Standorte.

12. Da die Herkunftsorte nicht nur für die antwortenden Unternehmen ermittelt werden konnten, sondern da sie für die ganz überwiegende Anzahl der angeschriebenen Unternehmen bekannt waren, ließ sich überprüfen, inwieweit die Antworten hinsichtlich dieses Merkmals repräsentativ waren. Von den angeschriebenen Unternehmen der Gruppe 1 waren 74 vH zuvor in Hamburg ansässig gewesen. Von den angeschriebenen Unternehmen der Gruppen 2 und 3 stammt mehr als die Hälfte aus Hamburg. Unternehmen aus Hamburg überwogen also auch deutlich in der Grundgesamtheit. Die Dominanz Hamburger Unternehmen unter den Antworten ist mithin kein zufälliges Ergebnis, wenngleich sich Unternehmen aus diesem Bundesland überdurchschnittlich oft an der Fragebogenaktion beteiligt haben. Die hohe Bereitschaft von Hamburger Unternehmen, den Fragebogen zu beantworten, zeigt vermutlich auf, daß gerade bei diesen Unternehmen ein ausgeprägtes Interesse an einer Ansiedlung in Schleswig-Holstein vorliegt oder vorgelegen hat.

b. Weitere Strukturmerkmale

13. Weitere Strukturmerkmale sollen im folgenden zusammengefaßt dargestellt werden.

Branchenzugehörigkeit: Die antwortenden Unternehmen kommen aus sehr verschiedenen Branchen. Vergleichsweise viele Unternehmen gehören zum Großhandel (24), zum Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau (12), zum Ernährungsgewerbe/ Tabakverarbeitung (8) sowie zur Chemischen Industrie (7).

Absatzmärkte: Für alle drei Gruppen der antwortenden Unternehmen hat die Bundesrepublik als Absatzmarkt überragende Bedeutung. Andere Länder rangieren in der Bedeutung als Absatzmarkt mit weitem Abstand dahinter.

Konkurrenten: Auch in der Bedeutung einzelner Länder als Konkurrenten für die hergestellten Produkte der antwortenden Unternehmen rangiert die Bundesrepublik mit großem Abstand an erster Stelle in allen drei Unternehmensgruppen.

Exportanteil: Zwar gibt es kaum Unterschiede zwischen den verschiedenen Unternehmensgruppen hinsichtlich der Bedeutung einzelner Länder als Absatzmärkte, die Unternehmen der Gruppe 1 weisen aber mit 18,0 vH eine etwas geringere Exportquote (Exporte in vH des Umsatzes) gegenüber den Unternehmen der anderen beiden Gruppen auf (21,5 vH).

Unternehmensgröße und wirtschaftliche Dynamik: Die tatsächlich angesiedelten Unternehmen in Schleswig-Holstein sind gemessen an Beschäftigtenzahl und Umsatz deutlich kleiner als die Unternehmen der Gruppe 3 und auch nur halb so groß wie die Unternehmen der Gruppe 2 (Tabelle 4). Von den Ansiedlern, die über die Zahl ihrer Beschäftigten Angaben machten, hatten mehr als die Hälfte der Unternehmen weniger als 20 Beschäftigte und annähernd die Hälfte einen Umsatz von unter 10 Mill. DM. Bei den Unternehmen der Gruppe 3, also denen, die sich gegen Schleswig-Holstein entschieden, waren die entsprechenden Größenklassen deutlich geringer besetzt. Die Unternehmen, die sich in Schleswig-Holstein ansiedelten, scheinen vergleichsweise dynamisch zu sein. Diesen Eindruck vermitteln zumindest ihre jährlichen Zuwachsraten des Umsatzes und der Zahl der Beschäftigten, wenn man diese mit den entsprechenden Raten der anderen Unternehmensgruppen vergleicht. Insbesondere die Unternehmen, die ihr geplantes Investitionsvorhaben außerhalb Schleswig-Holsteins verwirklichen wollen oder verwirklicht haben, weisen eine deutlich geringere Zunahme des Umsatzes auf.

Einsatz qualifizierter Arbeitskräfte: Schleswig-Holstein ist als Standort von solchen Unternehmen gewählt worden, die deutlich weniger Beschäftigte für Konstruktion, Forschung und Entwicklung einsetzen als es bei den Unternehmen der anderen beiden Gruppen der Fall ist

Tabelle 4 - Durchschnittliche Größe und wirtschaftliche Dynamik der antwortenden Unternehmen (a)

	Gruppe 1	Gruppe 2	Gruppe 3	Gruppe 1	Gruppe 2	Gruppe 3
	Beschäftigte und Umsatz 1984			Durchschnittliche jährliche Zuwachsrate 1980-1984 (vH)		
Umsatz Mill. DM	15	34	254	10,3	10,9	6,6
Zahl der Beschäftigten	61	112	541	13,7	5,7	6,0

(a) Nicht alle Unternehmen haben zu diesen Merkmalen Angaben gemacht.

(vgl. Tabelle 5). Auch der Anteil der Angestellten mit mittleren und gehobenen Managementfunktionen ist bei den Unternehmen der Gruppe 1 kleiner als bei den Unternehmen der anderen beiden Gruppen. Es scheint so zu sein, daß Unternehmen, die weder nach Schleswig-Holstein gekommen sind, noch in anderen Regionen eine Ansiedlung vorgenommen haben, einen vergleichsweise hohen Anteil qualifizierter Beschäftigter haben. Dies könnte darauf hindeuten, daß diese Unternehmen ihren Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften nur am alten Standort decken können, und dadurch Verlagerungspläne überhaupt aufgegeben werden. Denn auch die Unternehmen der Gruppe 3, also solche, die Ansiedlungsvorhaben in Regionen außerhalb von Schleswig-Holstein durchgeführt haben, weisen geringere Anteile besonders qualifizierter Beschäftigter auf. Die Anteile dieser Unternehmen sind allerdings immer noch höher als die derjenigen, die Schleswig-Holstein als Standort gewählt haben.

Tabelle 5 - Durchschnittliche Anteile besonders qualifizierter Beschäftigter an den Beschäftigten in den antwortenden Unternehmen (vH) (a)

	Gruppe 1	Gruppe 2	Gruppe 3
Anteil der in Konstruktion, Forschung und Entwicklung beschäftigten Personen an allen Beschäftigten (b)	4,9	10,0	7,5
Anteil der Angestellten mit mittleren und gehobenen Managementfunktionen an allen Beschäftigten	13,4	17,8	14,3

(a) Einfaches arithmetisches Mittel der Angaben der einzelnen Unternehmen. - (b) Diese Frage wurde nur den Produktionsunternehmen gestellt.

3. *Strukturmerkmale der durchgeführten oder beabsichtigten Investitionsvorhaben*

a. Standorte

14. Die antwortenden Unternehmen bevorzugen in starkem Maße das Hamburger Umland. Auf die direkt an Hamburg angrenzenden Kreise (Segeberg, Stormarn, Pinneberg, Herzogtum Lauenburg) entfallen mehr als drei Viertel der tatsächlich vollzogenen und der beabsichtigten Ansiedlungen in Schleswig-Holstein (vgl. Tabelle 6). Eine gewisse Rolle als Ansiedlungsort spielt daneben noch die Stadt Neumünster. Für Standorte in den übrigen Kreisen und kreisfreien Städten, also die gesamte West- und Ostküste, interessierten sich nur etwa 10 vH der antwortenden Unternehmen. Dies deutet darauf hin, daß nicht in der Küstenlage Schleswig-Holsteins, sondern in der Randlage zu Hamburg ein wesentlicher Vorteil für unternehmerische Aktivitäten in diesem Bundesland gesehen wird.

Tabelle 6 - Tatsächlich gewählte oder geplante Standorte für Ansiedlungen in Schleswig-Holstein (Kreise und kreisfreie Städte) - Zahl der Unternehmen

Gruppe 1		Gruppe 2		Gruppe 3	
Segeberg	11	Stormarn	10	Segeberg	12
Stormarn	8	Segeberg	9	Stormarn	4
Pinneberg	6	Pinneberg	3	Pinneberg	3
Stadt Neumünster	5	Stadt Neumünster	3	Stadt Neumünster	2
Herzogtum Lauenburg	2	Herzogtum Lauenburg	2	Herzogtum Lauenburg	1
Stadt Flensburg	1	Stadt Kiel	1	Stadt Lübeck	1
Schleswig-Flensburg	1	Stadt Lübeck	1	Nordfriesland	1
Rendsburg-Eckernförde	1	Ostholstein	1		
Steinburg	1				
Davon entfielen auf das Hamburger Umland (a)					
75,0 vH		78,1 vH		84,0 vH	

(a) Kreise Segeberg, Stormarn, Pinneberg, Herzogtum Lauenburg.

Die Dominanz des Hamburger Umlands als Standort für Ansiedlungen zeigt sich nicht nur bei den antwortenden Unternehmen, sie trifft auch auf die Grundgesamtheit zu. So wählten 63 von 85 Unternehmen (74 vH), die in der Liste der Wirtschaftsförderungsgesellschaft als Ansiedler von außerhalb zu identifizieren waren, einen Standort in den vier an Hamburg angrenzenden Kreisen. Dabei stammen 52 dieser Unternehmen selbst aus Hamburg (61 vH). Die Entfernung der vollzogenen Verlagerungen von den Landesgrenzen Hamburgs lag in der überwiegenden Zahl der Fälle unter 15 km (vgl. Schaubild 1).

b. Art der Ansiedlung

15. Die meisten antwortenden Unternehmen, die sich in Schleswig-Holstein angesiedelt haben, haben zugleich eine Verlagerung des Unternehmens vorgenommen (vgl. Tabelle 7). Die Errich-

Tabelle 7 - Art der tatsächlich vollzogenen oder geplanten Ansiedlung in Schleswig-Holstein

	Gruppe 1		Gruppe 2		Gruppe 3	
	Zahl der Unternehmen	vH	Zahl der Unternehmen	vH	Zahl der Unternehmen	vH
Verlagerung des Unternehmens	26	72,2	15	46,9	12	48,0
Errichtung einer Betriebsstätte	8	22,2	12	37,5	9	36,0
Verlagerung einer Betriebsstätte	2	5,6	5	15,6	4	16,0
Alle tatsächlich vollzogenen oder geplanten Ansiedlungen	36	100,0	32	100,0	25	100,0

Schaubild 1 - Ansiedlungen in Schleswig-Holstein 1980-1984

Quelle: Unterlagen der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH.

tung oder Verlagerung einer Betriebsstätte ohne eine Verlagerung des Unternehmenssitzes erfolgte nur in 10 von 36 Fällen. Bei den Unternehmen der Gruppen 2 und 3 zielte die Ansiedlung in mehr als der Hälfte der Fälle nicht auf die Verlagerung des Unternehmenssitzes. Die Unterschiede zwischen den Unternehmen der Gruppe 1 einerseits und den Unternehmen der beiden anderen Gruppen andererseits weisen darauf hin, daß der Standort Schleswig-Holstein vor allem von solchen Unternehmen gewählt wurde, die mit der Ansiedlung gleichzeitig eine Verlagerung des Unternehmens durchführten. Die Betriebsgröße der Unternehmen dürfte in diesem Zusammenhang bedeutsam sein: Die tatsächlich angesiedelten Unternehmen waren deutlich kleiner als jene, die sich noch unentschlossen zeigten oder eine Entscheidung gegen Schleswig-Holstein gefällt haben (Tabelle 4).

c. Zwecke der Ansiedlung

16. Die in Schleswig-Holstein angesiedelten Produktionsunternehmen und auch die Produktionsunternehmen, die noch für eine Ansiedlung in Schleswig-Holstein offen sind, nutzen oder planten die Ansiedlung eher multifunktional als die Produktionsunternehmen der Gruppe 3: Deutlich mehr als 80 vH der antwortenden Unternehmen der Gruppen 1 und 2 nannten zwei und mehr Ansiedlungszwecke, während es bei den Unternehmen der Gruppe 3 lediglich bei knapp der Hälfte der Fall war. Vor allem Produktions-, Vertriebs- und Lagerungszwecke standen bei den Unternehmen der Gruppen 1 und 2 im Vordergrund. Bei den Unternehmen der Gruppe 3 steht - mit 45 vH der Nennungen - eindeutig der Produktionszweck an erster Stelle. Dieser Unterschied hängt vermutlich mit der Art der vollzogenen oder geplanten Ansiedlung zusammen: Wenn eine Verlagerung des Unternehmenssitzes dominiert - wie es bei den Produktionsunternehmen der Gruppen 1 und 2 der Fall ist -, so ist wahrscheinlich, daß die Ansiedlung auch für verschiedene Unternehmenszwecke genutzt wird; wird dagegen nur eine Betriebsstätte verlagert oder errichtet, so ist zu vermuten, daß diese Betriebsstätte auch nur bestimmte Funktionen erfüllt, in diesem Fall schwerpunktmäßig die Produktion (möglicherweise im Sinne einer "verlängerten Werkbank"). Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch, daß jene Produktionsunternehmen, die sich gegen eine Ansiedlung in Schleswig-Holstein entschieden, in keinem Fall angegeben haben, daß die ursprünglich geplante Ansiedlung (auch) der Forschung und Entwicklung hätte dienen sollen. Dies mag darauf beruhen, daß es sich bei diesen Firmen vornehmlich um vergleichsweise große Unternehmen handelte, die vermutlich Forschung und Entwicklung zentral betreiben.

d. Investitionsvolumen und Arbeitsplätze

17. Das Investitionsvolumen je Ansiedlungsfall ist bei den tatsächlich angesiedelten Unternehmen deutlich niedriger, die Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze je Ansiedlungsfall deutlich höher als bei den Unternehmen der anderen beiden Gruppen (vgl. Tabelle 8). Mit anderen Wor-

Tabelle 8 - Kennziffern zum Investitionsvolumen und zu Arbeitsplatzeffekten in vollzogenen oder geplanten Ansiedlungen

	Gruppe 1	Gruppe 2	Gruppe 3
Investitionsvolumen je Ansiedlungsfall (Mill. DM)	3,95	8,84	13,08
Arbeitsplätze je Ansiedlungsfall	63	35	53
Investitionsvolumen je zusätzlichen Arbeitsplatz (1000 DM)	70,432	252,139	246,554

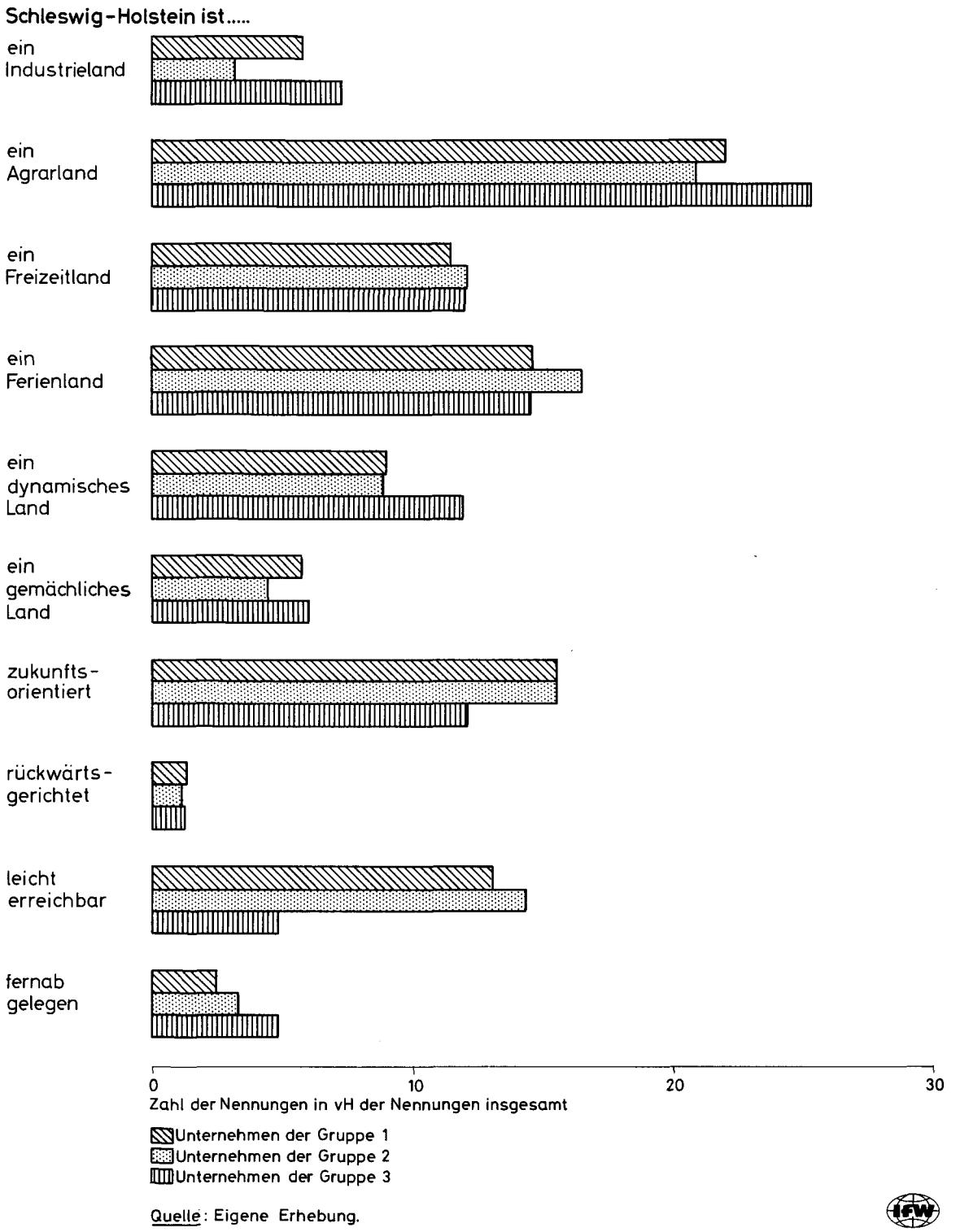
ten: Die Kapitalausstattung je geschaffenen Arbeitsplatz in angesiedelten Unternehmen ist sehr viel niedriger als in solchen, die die Ansiedlungspläne aufgegeben bzw. aufgeschoben haben oder die ihr Investitionsvorhaben außerhalb Schleswig-Holsteins verwirklichten (1). Dies ist sicherlich zum Teil erklärbar durch die unterschiedliche Größe der Unternehmen sowie Unterschiede in der Art der Ansiedlung und den Funktionen. Die vergleichsweise große Bedeutung von Verlagerungen des Unternehmenssitzes sowie der damit verbundenen Unternehmensfunktionen außerhalb der Produktion erfordern in der Regel einen geringeren Sachkapitalaufwand je Arbeitsplatz als es bei der Errichtung reiner Produktionsstätten der Fall ist. Dies bedeutet zugleich, daß die spezifischen Förderanreize, die von den regionalen Förderinstrumenten ausgehen (Förderung ist um so attraktiver, je sachkapitalintensiver produziert wird) (2), weniger bedeutsam gewesen sein dürften, als für die beiden anderen Unternehmensgruppen (3).

4. *Das Image Schleswig-Holsteins*

18. Im Rahmen der Untersuchung wurde auch versucht, ein Imagebild von Schleswig-Holstein zu zeichnen. Gefragt wurde, welche Vorstellungen die einzelnen Unternehmen mit Schleswig-Holstein verbinden. Die Unternehmen der drei Gruppen haben insgesamt gesehen weitgehend übereinstimmende Vorstellungen (vgl. Schaubild 2): Schleswig-Holstein wird ganz überwiegend

(1) Die Kapitalausstattung je geplanten oder tatsächlich geschaffenen Arbeitsplatz bei den Unternehmen der Gruppen 2 und 3 entspricht in etwa dem Wert, den man bei geförderten Unternehmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" für denselben Zeitraum beobachten kann [Deutscher Bundestag, versch. Jgg.]. - Allerdings kann man nicht ausschließen, daß die Ansiedler die Zahl der durch die Ansiedlung geschaffenen Arbeitsplätze möglicherweise etwas überhöht angegeben haben, vielleicht deshalb, weil sie von den Angaben in ihren Anträgen auf öffentliche Förderung nicht zu sehr abweichen wollten. Der Tendenz nach dürften die ermittelten Unterschiede zwischen den drei Unternehmensgruppen jedoch die tatsächlichen zutreffend widerspiegeln.
(2) Vgl. dazu Lammers, Thoroe [1982] sowie Lammers [1983].
(3) Gleichwohl wurden die öffentlichen Hilfen oft als bedeutsam für die Ansiedlungsentscheidung eingestuft (vgl. dazu die Ziffern 23 f.).

Schaubild 2 - Das Image Schleswig-Holsteins



Quelle: Eigene Erhebung.

als Agrarland und kaum als Industrieland gesehen. Man ordnet diesem Bundesland eher den Charakter eines Ferienlandes zu als den eines Freizeitlandes. Schleswig-Holstein wird deutlich stärker als zukunftsorientiert eingeschätzt denn als rückwärtsgerichtet und eher dynamisch als gemächlich. Lediglich die Erreichbarkeit Schleswig-Holsteins wird differenziert beurteilt: Unternehmen der Gruppe 3 also solche Unternehmen, die sich für einen Standort außerhalb Schleswig-Holsteins entschieden haben, schätzen die Erreichbarkeit Schleswig-Holsteins wesentlich weniger positiv ein als dies die übrigen Unternehmen tun. Dies wäre ein Hinweis darauf, daß die periphere Lage Schleswig-Holsteins ein wichtiger Grund für die Ansiedlungsentscheidung zugunsten anderer Regionen ist.

5. *Der Standort Schleswig-Holstein aus der Sicht der befragten Unternehmen*

a. Das Standortprofil Schleswig-Holsteins (1)

19. Aufgrund der Antworten der Unternehmen läßt sich im einzelnen folgendes Standortprofil von Schleswig-Holstein zeichnen (vgl. Tabelle 9):

- Die Verfügbarkeit von Arbeitskräften in Schleswig-Holstein wird von den angesiedelten Unternehmen vergleichsweise positiv eingeschätzt. Unternehmen, die sich für einen Standort in anderen Regionen entschieden haben, beurteilen das Arbeitskräftepotential Schleswig-Holsteins differenziert: positiv für Management, Einkaufs-, Verkaufs- und Vertriebsaufgaben, aber negativ im Hinblick auf die Funktionen Forschung und Entwicklung sowie Fertigung.
- Im Urteil der angesiedelten Unternehmen war es wesentlich leichter, Mitarbeiter des Unternehmens zum Umzug nach Schleswig-Holstein zu bewegen als es für solche Unternehmen war, die sich für einen anderen Standort entschieden.
- Angesiedelte Unternehmen schätzen das Lohnniveau in Schleswig-Holstein als günstig ein. Dagegen sehen Unternehmen mit Ansiedlungsentscheidungen zugunsten anderer Regionen im Lohnniveau weder einen positiven noch einen negativen Ansiedlungsfaktor.
- Das Preisniveau für die Produktionsfaktoren Energie, Was- serversorgung sowie Wasserentsorgung wird von in Schleswig-Holstein angesiedelten Unternehmen der Tendenz nach positiv, von nicht angesiedelten Unternehmen deutlich negativ eingestuft. Die Umweltschutzauf-

---

(1) Zur Ermittlung des Standortprofils wurden für jeden einzelnen Faktor, der die Ansiedlungsentscheidung möglicherweise beeinflußt hat, die Zahl der Nennungen bei den Antworten "war bedeutsam" und "war nicht bedeutsam" (bzw. "war maßgeblich" und "war nicht maßgeblich") zusammengefaßt. Diese Nennungen bejahen die gestellte Frage (wenngleich die Bedeutung der jeweiligen Standorteigenschaft von den antwortenden Unternehmen unterschiedlich eingeschätzt werden mag). Die Zahl der zustimmenden Nennungen für jeden einzelnen Faktor wurde der Zahl der Nennungen mit "trifft nicht zu" für den entsprechenden Faktor gegenübergestellt; so läßt sich deutlich ablesen, ob der betreffende Ansiedlungsfaktor aus der Sicht der antwortenden Unternehmen überwiegend positiv oder negativ eingeschätzt wird.

Tabelle 9 - Das Standortprofil Schleswig-Holsteins

Standortmerkmal	Urteil der antwortenden Unternehmen					
	Ansiedler (Gruppe 1)			Nicht-Ansiedler (Gruppe 3) (a)		
	positiv	negativ	Saldo (b)	positiv	negativ	Saldo (b)
Verfügbarkeit von Arbeitskräften						
für Management	21	10	+	13	10	+
für Forschung Entwicklung, Konstruktion (c)	16	9	+	3	7	-
für Einkauf, Verkauf, Vertrieb	7	3	+	8	1	+
für Fertigung (d)	13	5	+	1	6	-
Bereitschaft der bisherigen Mitarbeiter zum Umzug nach Schleswig-Holstein	23	9	+	8	16	-
Höhe des Lohnniveaus	27	5	+	9	10	o
Höhe des Preisniveaus anderer Faktoren (d)						
Energie	10	7	+	4	7	-
Wasserversorgung	11	7	+	3	8	-
Wasserentsorgung	11	7	+	4	7	-
Grad der Umweltschutzauflagen (d)	10	6	+	6	5	o
Verfügbarkeit von Ansiedlungsflächen						
für eigenes Vorhaben	35	1	+	11	14	-
für Ansiedlung von Industrie-/Gewerbekomplexen	20	8	+	6	5	0
Vorhandensein von Unternehmen mit verwandter Produktionseinrichtung	11	10	o	5	10	-
Vorhandensein von wichtigen Forschungseinrichtungen	10	14	-	7	9	o
Vorhandensein von Dienstleistungsunternehmen die wichtige Vorleistungen erfüllen	12	15	-	10	10	o
Vorhandensein von Zulieferern/Lohnfertigern in Schleswig-Holstein	19	14	+	12	12	o
Qualität der Verbindungen mit Zulieferern/ Lohnfertigern außerhalb Schleswig-Holsteins						
Höhe der Transportkosten	18	14	+	7	17	-
Länge der Transportzeiten	15	17	o	8	17	-
Möglichkeiten der Koordinierung	18	15	-	9	16	-
Bedeutung Schleswig-Holsteins als Absatzmarkt	22	12	-	11	15	-
Qualität der Verbindungen mit Absatzmärkten außerhalb Schleswig-Holsteins						
Höhe der Transportkosten	16	14	o	9	16	-
Länge der Transportzeit	14	16	o	10	14	-
Möglichkeiten der Koordinierung	19	13	+	11	13	o
Qualität der Verkehrsanbindung						
Schiffsverkehr	15	16	o	10	10	o
Luftverkehr	12	18	-	13	10	+
Eisenbahn	15	18	-	12	11	o
Straße	23	8	+	11	12	o
Verhalten von Behörden	31	6	+	15	4	+
Angebot von öffentlichen Hilfen (e)						
allgemeiner Investitionszuschuß aus der Gemeinschaftsaufgabe	25	8	+			
besonderer Investitionszuschuß für hochwertige Arbeitsplätze aus der Gemeinschaftsaufgabe	14	14	o			
Investitionszulage nach § 1 Investitionszulagengesetz	26	7	+			
Sonderabschreibungen nach § 3 Zonenrandförderungsgesetz	29	5	+			
ERP-Regionalkredite	20	10	+			
Zuschüsse aus dem Landesprogramm Industrieförderung	11	18	-			
Zuschüsse aus dem Mittelstandsstrukturprogramm	18	11	+			
Sonstige öffentliche Hilfen	5	17	-			

(a) ohne das Unternehmen, das sich für einen Standort im Ausland entschied. - (b) o = gleiche Anzahl von positiven und negativen Nennungen (+/- 2 Nennungen). - (c) Nur Produktions- und Dienstleistungsunternehmen. - (d) Nur Produktionsunternehmen. - (e) Nur angesiedelte Unternehmen.

lagen werden von den Ansiedlern überwiegend nicht als restriktiv beurteilt, bei den Nicht-Ansiedlern sind die Meinungen geteilt.

- Angesiedelte Unternehmen beurteilen die Verfügbarkeit von Ansiedlungsflächen in Schleswig-Holstein als äußerst positiv. Unternehmen mit Entscheidungen zugunsten anderer Standorte sehen hierin keinen Vorteil Schleswig-Holsteins, zumindest nicht was die Verfügbarkeit für das eigene Vorhaben angeht.
- Aus der Sicht der angesiedelten Unternehmen weist dieses Land Defizite im Hinblick auf das Vorhandensein von Unternehmen mit verwandter Produktionsrichtung, von wichtigen Forschungseinrichtungen sowie von Dienstleistungsunternehmen, die wichtige Vorleistungen erfüllen, auf. Aus der Sicht der Unternehmen, die sich für einen anderen Standort entschieden, mangelt es Schleswig-Holstein insbesondere an Unternehmen mit verwandter Produktionsrichtung.
- Als Absatzmarkt spielt Schleswig-Holstein für die angesiedelten Unternehmen eine klar positive Rolle, für die Nicht-Ansiedler war dies nicht der Fall. Ähnlich war das Urteil auch bezüglich der vorgelagerten Produktionsstufen im Lande selbst.
- Die Lage zu Beschaffungs- und Absatzmärkten außerhalb Schleswig-Holsteins wird von angesiedelten Unternehmen weder als positiv noch als negativ eingeschätzt. Deutlich negativ ist hingegen das Urteil der Nicht-Ansiedler hinsichtlich dieser Merkmale.
- Mängel scheinen auch bei der Verkehrsanbindung zu bestehen: Ansiedler stufen sie als eher schlecht ein, mit Ausnahme der Straßenanbindung. Bei den Nicht-Ansiedlern halten sich die positiven und negativen Urteile weitgehend die Waage.
- Übereinstimmend und sehr deutlich wird sowohl von Ansiedlern als auch von Nicht-Ansiedlern in dem Verhalten von Behörden in Schleswig-Holstein ein positiver Ansiedlungsfaktor gesehen.
- Das Angebot an öffentlichen Hilfen - nach diesem Ansiedlungsfaktor wurden nur die tatsächlich angesiedelten Unternehmen gefragt - wird je nach Fördermaßnahme unterschiedlich beurteilt: Deutlich positiv war das Urteil über die Sonderabschreibungen nach § 3 Zonenrandförderungsgesetz, die Investitionszulage nach § 1 Investitionszulagengesetz, den allgemeinen Investitionszuschuß aus der Gemeinschaftsaufgabe, die ERP-Regionalkredite sowie die Zinszuschüsse aus dem Mittelstandsstrukturprogramm.

b. Die Rangordnung der Ansiedlungsfaktoren

20. Um die Gründe klarer herauszuarbeiten, die letztlich für die Ansiedlungsentscheidung der befragten Unternehmen den Ausschlag gaben, wurden nur die Nennungen bei den vorgegebenen Antworten berücksichtigt, die mit "bedeutsam" bzw. "maßgeblich" angekreuzt wurden. Dabei erhielten die einzelnen Nennungen - entsprechend der Rangfolge, die die Unternehmen

selbst aufstellten - folgende Gewichte: Der an erster Stelle genannte Grund bekam ein Gewicht von vier, der zweitgenannte ein Gewicht von drei, der drittgenannte ein Gewicht von zwei Punkten; alle übrigen als bedeutsam oder maßgeblich bezeichneten Gründe wurden mit einem Punkt bewertet. Die gewichteten Nennungen bei den einzelnen vorgegebenen Antworten wurden dann aufaddiert (vgl. Tabelle 10) (1).

21. Was die in Schleswig-Holstein angesiedelten Unternehmen anbelangt, so zeichnet sich folgende Rangordnung der einzelnen Ansiedlungsfaktoren ab (2):

- An erster Stelle steht das umfangreiche Angebot an Ansiedlungsflächen.
- An zweiter Stelle rangiert das wirtschaftsfreundliche Verhalten von Behörden in diesem Bundesland.
- An dritter und vierter Stelle stehen die Sonderabschreibungen nach § 3 Zonenrandförderungsgesetz sowie die Investitionszulagen nach § 1 Investitionszulagengesetz.
- An fünfter Stelle rangieren die Qualität der Straßenanbindung sowie der allgemeine Investitionszuschuß aus der Gemeinschaftsaufgabe.
- An sechster Stelle stehen die ERP-Regionalkredite sowie die Zinszuschüsse aus dem Mittelstandsstrukturprogramm.

Ansonsten gibt es kaum Gründe, die von den Unternehmen für ihre Ansiedlungsentscheidung als vorrangig bezeichnet werden.

22. Für Unternehmen, die sich gegen Schleswig-Holstein entschieden, waren folgende Gründe maßgeblich:

- Erstens: Es konnten keine geeigneten Flächen für das eigene Ansiedlungsvorhaben gefunden werden.

---

(1) Erwartungsgemäß gibt es wesentlich mehr (gewichtete) Nennungen bei den bedeutsamen Gründen für eine Ansiedlung in Schleswig-Holstein als (gewichtete) Nennungen bei den maßgeblichen Gründen für eine Nichtansiedlung in Schleswig-Holstein. Drei Faktoren spielen eine Rolle: 1) Die Zahl der antwortenden Unternehmen ist in der Gruppe 1 mit 36 um die Hälfte größer als in der Gruppe 3 mit 24. 2) Bei den Unternehmen der Gruppe 1 wurde nach bedeutsamen Gründen gefragt, bei den Unternehmen der Gruppe 3 nach maßgeblichen Gründen (vgl. Ziffer 33). 3) Bei den Gründen für eine Ansiedlung wurde anders - als bei den Gründen für eine Nichtansiedlung - zusätzlich nach der Rolle regionaler Förderanreize gefragt.

(2) Hier wurde auf die Summe der gewichteten Nennungen für die einzelnen Ansiedlungsfaktoren (z. B. Lohnniveau, Transportkosten zu Abnehmern, Sonderabschreibungen) abgestellt und nicht auf Faktorkomplexe (z. B. Arbeitsmarkt, Lage, öffentliche Hilfen); das unterschiedliche Ausmaß der Zergliederung in Einzelaspekte würde die Bedeutung der Faktorkomplexe verzerren. So erscheint es wenig sinnvoll, die einzelnen Komponenten der öffentlichen Hilfen zusammenzufassen - auf sie würden gut 40 vH der gewichteten Nennungen entfallen und man würde ihnen den Rang 1 zuweisen. Dies wäre aber wenig sinnvoll, weil bei diesem Faktorkomplex die Zahl der einzelnen Faktoren bei weitem am größten ist, was die hohe Zahl der Nennungen zu einem guten Teil erklärt. Möglicherweise wäre es zweckmäßig gewesen, "gleichwertige" Oberbegriffe bewerten zu lassen und diese dann direkt zu vergleichen. Dieser Mangel in den Fragebögen konnte aber nicht mehr rechtzeitig behoben werden.

Tabelle 10 - Die Bedeutung einzelner Standortmerkmale für die Ansiedlungsentscheidung der antwortenden Unternehmen

Standortmerkmal	Rangordnung der Standortmerkmale im Urteil der Unternehmen (a			
	Ansiedler (Gruppe 1)		Nicht-Ansiedler (Gruppe 3)	
	Summe gewichteter Nennungen	Rangposition	Summe gewichteter Nennungen	Rangposit
Verfügbarkeit von Arbeitskräften				
für Management	1		1	
für Forschung und Entwicklung, Konstruktion (b)	1		0	
für Einkauf, Verkauf, Vertrieb	1		0	
für Fertigung (c)	7		0	
Bereitschaft der bisherigen Mitarbeiter zum Umzug nach Schleswig-Holstein	7		10	3
Höhe des Lohnniveaus	14		0	
Höhe des Preisniveaus anderer Faktoren (c)				
Energie	3		0	
Wasserversorgung	1		0	
Wasserentsorgung	1		0	
Grad der Umweltschutzauflagen (c)	5		0	
Verfügbarkeit von Ansiedlungsflächen				
für eigenes Vorhaben	61	1	14	1
für Ansiedlung von Industrie-/Gewerbekomplexen	8		5	6
Vorhandensein von Unternehmen mit verwandter Produktionseinrichtung	1		0	
Vorhandensein von wichtigen Forschungseinrichtungen	1		0	
Vorhandensein von Dienstleistungsunternehmen die wichtige Vorleistungen erfüllen	1		0	
Vorhandensein von Zulieferern/Lohnfertigern in Schleswig-Holstein	2		0	
Qualität der Verbindungen mit Zulieferern/Lohnfertigern außerhalb Schleswig-Holsteins				
Höhe der Transportkosten	9		6	
Länge der Transportzeiten	8		6	5
Möglichkeiten der Koordinierung	5		3	
Bedeutung Schleswig-Holsteins als Absatzmarkt	10		10	3
Qualität der Verbindungen mit Absatzmärkten außerhalb Schleswig-Holsteins				
Höhe der Transportkosten	12		12	2
Länge der Transportzeit	12		12	2
Möglichkeiten der Koordinierung	9		12	2
Qualität der Verkehrsanbindung				
Schiffsverkehr	3		3	
Luftverkehr	1		1	
Eisenbahn	4		1	
Straße	29	5	5	6
Verhalten von Behörden	51	2	8	4
Angebot von öffentlichen Hilfen (d)				
allgemeiner Investitionszuschuß aus der Gemeinschaftsaufgabe	29	5	-	
besonderer Investitionszuschuß für hoch wertige Arbeitsplätze aus der Gemeinschaftsaufgabe	10		-	
Investitionszulage nach § 1 Investitionszulagengesetz	35	4	-	
Sonderabschreibungen nach § 3 Zonenrandförderungsgesetz	48	3	-	
ERP-Regionalkredite	25	6	-	
Zuschüsse aus dem Landesprogramm Industrieförderung	14		-	
Zuschüsse aus dem Mittelstandsstrukturprogramm	25	6	-	
Sonstige öffentliche Hilfen	3		-	

(a) Die Gewichtung der Nennungen erfolgte nach der Rangfolge ihrer Bedeutung für die einzelnen Ansiedlungsentscheidungen: 1. Rang mit vier Punkten, 2. Rang mit drei Punkten, 3. Rang mit zwei Punkten, alle übrigen Nennungen mit einem Punkt. Die einzelnen gewichteten Nennungen für jedes Standortmerkmal wurden addiert. - (b) Nur Produktions- und Dienstleistungsunternehmen. - (c) Nur Produktionsunternehmen. - (d) Für Unternehmen der Gruppe 3 nicht abgefragt.

- Zweitens: Die Qualität der Verbindungen mit Absatzmärkten außerhalb Schleswig-Holsteins war zu schlecht (die Transportkosten waren zu hoch, die Transportzeiten waren zu lang und die Möglichkeiten der Koordinierung mit Abnehmern war zu schwierig).
- Drittens: Bisherige Mitarbeiter waren nicht in ausreichendem Maße zum Umzug nach Schleswig-Holstein bereit, und die Bedeutung Schleswig-Holsteins als Absatzmarkt war zu gering.
- Viertens: Die Qualität der Verbindungen mit Zulieferern (Lohnfertigern) war zu schlecht (zu lange Transportzeiten und zu hohe Transportkosten).
- Fünftens: Es fehlte an erschlossenen Flächen für die Ansiedlung von industriell-gewerblichen Komplexen, und die Qualität der Straßenverkehrsinfrastruktur war ungenügend.

c. Zu einzelnen Aspekten der Standortbewertung

α. Zur Bedeutung der öffentlichen Hilfen

23. Nach dem Angebot freier Ansiedlungsflächen und dem Verhalten der Behörden zählen die öffentlichen Hilfen zu den sehr hoch bewerteten Ansiedlungsfaktoren (vgl. Tabelle 10). Die Unternehmen wurden zusätzlich gefragt, ob sie auch ohne öffentliche Hilfen nach Schleswig-Holstein gekommen wären. Von 31 Unternehmen, die sich zu dieser Frage geäußert haben, erklärten 14, daß sie sich auch ohne Subventionen in Schleswig-Holstein angesiedelt hätten. Diesen standen 17 Unternehmen gegenüber, für die die öffentlichen Hilfen so bedeutsam gewesen sind, daß sie ohne sie keine Ansiedlung vollzogen hätten (1). Aber nur für 13 dieser Unternehmen waren die Hilfen vorrangig bedeutsam und nur vier von ihnen sprachen den Subventionen die größte Bedeutung zu (vgl. Tabelle 11). Diese Angaben lassen den Schluß zu, daß den öffentlichen Hilfen zwar oft eine wichtige Rolle für Ansiedlungsentscheidungen zukommen mag, daß es im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung aber auch erhebliche Mitnahmeeffekte gibt. Solche Mitnahmeeffekte sind aus der Sicht der Förderinstanzen "verschenktes Geld" und mögen daher von ihnen negativ bewertet werden. Bei ökonomischer Sichtweise zeigen hohe Mitnahmeeffekte jedoch auf, daß das Land auch ohne öffentliche Hilfen gegenüber anderen Standorten über Vorteile verfügt, die Unternehmen durch eine Ansiedlung nutzen, und daß das Land auch solche Unternehmen gewinnen kann, die ohne Subventionen investitionsfähig sind.

---

(1) Zwischen diesen beiden Gruppen von Unternehmen gab es kaum Unterschiede hinsichtlich der Unternehmensgröße; bei den von öffentlichen Hilfen abhängigen Ansiedlungen gab es jedoch deutlich mehr Handelsunternehmen als in der anderen Gruppe.

Tabelle 11 - Angesiedelte Unternehmen und Bedeutsamkeit öffentlicher Hilfen

Bedeutsamkeit und Art der öffentlichen Hilfen	Ansiedlung wäre auch ohne öffentliche Hilfen vorgenommen worden	
Öffentliche Hilfen	ja	nein
waren bedeutsam (a)	14	17
darunter: sehr bedeutsam (b)	5	13
davon: Rangposition 1(c)	-	4
2	2	4
3	3	5
Art der öffentlichen Hilfen		
Allgemeiner Investitionszuschuß GA	5	10
Investitionszuschuß zur Förderung hochwertiger Arbeitsplätze GA	1	4
Investitionszulage nach § 1 InvZuL	6	12
Sonderabschreibungen nach § 3 Zonenrandförderungsgesetz	8	15
Kredite aus dem ERP-Regionalprogramm für kleine und mittlere Betriebe	6	8
Zuschüsse aus dem Landesprogramm Industrieförderung	2	4
Zinszuschüsse aus dem Mittelstandskreditprogramm	7	9
Sonstige öffentlichen Hilfen	2	-

(a) Mindestens eine Nennung in der Kategorie "bedeutsam". - (b) Mindestens eine Zuordnung der Rangpositionen 1 - 3 für eine öffentliche Hilfe. - (c) In der Kategorie "bedeutsam".

β. Das Urteil über die Verkehrsinfrastruktur

24. Die unterschiedliche Bewertung einzelner Verkehrsträger durch die antwortenden Unternehmen in Schleswig-Holstein mag zum Teil aus Unterschieden in deren Herkunft herrühren. Für Hamburger Unternehmen ist die Straßenanbindung an Schleswig-Holstein als gut anzusehen. Im Gegensatz dazu ist die Verkehrsanbindung Schleswig-Holsteins bei den übrigen Verkehrsträgern im Vergleich zu den Gegebenheiten in Hamburg ohne weiteres als schlecht zu bezeichnen. Die Unternehmen der Gruppe 3, die in Hamburg geblieben sind, beurteilen die Verkehrsanbindung Schleswig-Holsteins im Vergleich zu den Unternehmen der beiden anderen Gruppen vermutlich vor allem deshalb besser, weil sie dabei mehr die großräumige Anbindung im Auge haben, die in ihren Vorstellungen die Anbindung Hamburgs mit einschließt. Die (wenigen) Unternehmen aus anderen Bundesländern beurteilen die Verkehrsinfrastruktur deutlich schlechter als Hamburger Unternehmen (Tabelle 12).

Tabelle 12 - Beurteilung der Verkehrsinfrastruktur nach Herkunft der Unternehmen

Herkunft der Unternehmen	Schiffsverkehr +	Schiffsverkehr -	Luftverkehr +	Luftverkehr -	Eisenbahn +	Eisenbahn -	Straße +	Straße -
				Ansiedler				
Hamburg	14	14	13	14	13	14	25	6
sonstige Bundesländer	-	1	-	2	-	1	2	1
Ausland	-	-	-	-	-	-	1	-
				Nicht-Ansiedler				
Hamburg	9	4	10	3	9	4	8	4
sonstige Bundesländer	3	2	3	3	2	3	2	4
Ausland	-	-	-	-	-	-	-	-

+ positives, - negatives Urteil.

Die insgesamt vergleichsweise gute Beurteilung der Verkehrsanbindung Schleswig-Holsteins durch die Nicht-Ansiedler könnte auch damit zusammenhängen, daß aus der Sicht dieser Unternehmen vor allem die periphere Lage Schleswig-Holsteins zu den wichtigsten Absatzmärkten der gewichtigere Engpaß ist; im Vergleich dazu mag die Verkehrsanbindung noch eher als positiv angesehen werden. Und ein weiteres Argument kommt hinzu: Die angesiedelten Unternehmen haben vielleicht die Verkehrsinfrastruktur vor der Ansiedlung anders beurteilt als nachher und sehen ihre Erwartungen möglicherweise enttäuscht.

γ. Die Bewertung des Arbeitsmarktes

25. Die Befragungsergebnisse geben auf den ersten Blick Anlaß zu der Vermutung, daß von den Arbeitsmarktverhältnissen in Schleswig-Holstein eher positive als negative Ansiedlungsimpulse ausgegangen sind. So wurden in Schleswig-Holstein die Verfügbarkeit von Arbeitskräften und die Höhe des Lohnniveaus von den angesiedelten Unternehmen der Tendenz nach positiv gesehen, ohne daß dies allerdings vorrangig bewertet wurde. Es erscheint angebracht, hierzu einige ergänzende Anmerkungen anzubringen, die aufzeigen, daß die Situation differenzierter betrachtet werden muß, als sie sich auf den ersten Blick darstellt.

26. Die angesiedelten Unternehmen, die sich über Arbeitskräftemangel beklagen, sind deutlich größer als jene, die offenbar keine Schwierigkeiten hatten, Arbeitskräfte zu rekrutieren (Tabelle 13).

Tabelle 13 - Beurteilung des Arbeitsmarktes und Zahl der Beschäftigten in den angesiedelten Betrieben

In Schleswig-Holstein gibt es genügend qualifizierte Arbeitskräfte	Anzahl der Unternehmen(a)	Durchschnittliche Beschäftigtenzahl
trifft nicht zu (b)	10	99
trifft zu	14	34

(a) Nur Unternehmen, die der Ansiedlung zurechenbare Angaben über die Beschäftigtenzahl machten. - (b) Mindestens eine Nennung in dieser Kategorie.

Dies deutet darauf hin, daß es wohl relativ leicht möglich ist, vereinzelt qualifizierte Arbeitskräfte zu finden; nennenswerte Probleme gibt es jedoch dann, wenn ein großer Personalbedarf an qualifizierten Arbeitskräften gedeckt werden soll (1). Ein Mangel an einem großen Reservoir an qualifizierten Arbeitskräften dürfte auch ein wesentlicher Grund dafür gewesen sein, daß Unternehmen aus Hamburg das Hamburger Umland als Standort bevorzugen. Dann ist es ihnen nämlich eher möglich, ihre bisherigen Arbeitskräfte weiter im Betrieb zu beschäftigen, was für viele Unternehmen eine wichtige Rolle spielt. Bei jenen Ansiedlern, die die Ergiebigkeit des Arbeitsmarktes bezweifelten, ohne daß sie zugleich auch eine zu geringe Umzugsbereitschaft beklagten, waren zum Zeitpunkt der Ansiedlung relativ viele der bisherigen Mitarbeiter mit umgezogen; Schwierigkeiten, Arbeitskräfte zu rekrutieren, traten wohl zumeist erst bei der Expansion des Unternehmens auf.

Von Produktionsunternehmen, die sich nicht in Schleswig-Holstein angesiedelt haben (insgesamt 14), hat lediglich eins positiv über die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte für die Fertigung geurteilt; sieben antworteten nicht auf diese Frage, immerhin sechs urteilten negativ, ohne daß dies aber für ihre Entscheidung bedeutsam gewesen wäre. Im Saldo negativ fällt auch das Urteil über das Angebot von Arbeitskräften für Forschung, Entwicklung und Konstruktion aus. Auf Arbeitskräftemangel in einigen Bereichen weist auch hin, daß für Nicht-Ansiedler die fehlende Bereitschaft der bisherigen Mitarbeiter zum Umzug nach Schleswig-Holstein ein wichtiges Ansiedlungshemmnis war (vgl. Tabelle 10).

27. Die vergleichsweise hohe Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein gibt Anlaß zu vermuten, daß die Arbeitskosten sinken müssen, damit mehr Unternehmen angesiedelt und mehr Arbeitsplätze entstehen können. Das Ergebnis der Befragung stützt eine solche Vermutung nur

(1) Das Urteil eines großen Unternehmens war in diesem Zusammenhang besonders ausführlich: "Aufgrund der hohen Arbeitslosenziffern im Ansiedlungsgebiet sind wir davon ausgegangen, das ausgeschiedene Personal für die Fertigung durch qualifizierte Kräfte ohne große Probleme ersetzen zu können. Das war mit Grundlage unserer Entscheidung, uns nicht in unmittelbarer Nähe von Hamburg wieder anzusiedeln. Um dieses Personal nicht von anderen Firmen abzuwerben, haben wir fast ausnahmslos freie Arbeitskräfte durch Vermittlung des Arbeitsamtes eingestellt. Das uns angebotene Personal war zum größten Teil ungeeignet, so daß wir gezwungen waren, einzelne Arbeitsplätze innerhalb eines Jahres mehrfach neu zu besetzen, was zu erheblichen zusätzlichen Kosten geführt hat".

Tabelle 14 - Beurteilung des Lohnniveaus in Schleswig-Holstein und Hamburg

Herkunft der Unternehmen	Urteile über das Lohnniveau			
	Ansiedler			
	das Lohnniveau in Schleswig-Holstein war niedrig			
	keine Antwort	trifft zu		trifft nicht zu
		bedeutsam	nicht bedeutsam	
Hamburg	1	9	16	4
Andere Bundesländer	-	1	1	-
Ausland	-	-	-	1
Keine Herkunftsangabe	3	-	-	-
Nennungen insgesamt	4	10	17	5
	Nicht-Ansiedler			
	das Lohnniveau in Schleswig-Holstein war zu hoch			
	keine Antwort	trifft zu		trifft nicht zu
		bedeutsam	nicht bedeutsam	
Hamburg	3	-	5	10
Andere Bundesländer	2	-	4	-
Ausland	1	-	-	-
Nennungen insgesamt	6	-	9	10

scheinbar nicht (1). Sowohl unter den Ansiedlern als auch - wenngleich in schwächerem Maße - bei den Nicht-Ansiedlern dominieren Unternehmen, die in Hamburg ansässig sind oder waren (Tabelle 14). Gegenüber Hamburg hat Schleswig-Holstein ein deutlich niedrigeres Lohnniveau; insofern ist es nicht überraschend, daß insgesamt das Urteil der antwortenden Unternehmen über das Lohnniveau nicht nachteilig ausfällt. Aber gegenüber beispielsweise Bayern - dem während der letzten 15 Jahre dynamischsten Bundesland - weist Schleswig-Holstein in nahezu allen Industriezweigen höhere effektive Stundenlöhne auf (vgl. Tabelle 15). Das vergleichsweise hohe Lohnniveau in Schleswig-Holstein könnte ein Grund dafür sein, daß so wenig Nicht-Hamburger Unternehmen nach Schleswig-Holstein gekommen sind bzw. sich für diesen Standort interessiert haben.

(1) Es wäre verfehlt, hieraus schließen zu wollen, daß die Arbeitsmarktprobleme nicht lohnpolitische Reaktionen erfordern. Allein schon die durchaus nennenswerten Hinweise der Unternehmen auf den Facharbeitermangel zeigen einen notwendigen Differenzierungsbedarf in der Lohnstruktur auf.

Tabelle 15 - Arbeitsverdienste in ausgewählten Industriezweigen in Schleswig-Holstein, Hamburg und Bayern (Januar 1984)

Industriezweig	Durchschnittliche Bruttostundenverdienste (DM)			Schleswig- Holstein im Vergleich zu			
				Hamburg		Bayern	
	Schleswig-Holstein	Hamburg	Bayern	DM	vH	DM	vH
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden (ohne Verarbeitung von Asbest)	16,25	15,86	14,69	+ 0,39	+ 2,4	+ 1,56	+ 9,6
Metallerzeugung und -bearbeitung (ohne NE-Metalle usw.)	16,31	18,41	15,38	- 2,10	- 12,9	+ 0,93	+ 5,7
Mineralölverarbeitung	23,81	22,25	22,51	+ 1,56	+ 6,6	+ 1,30	+ 5,5
Chemische Industrie (ohne Herstellung von Chemiefasern)	16,50	16,08	14,80	+ 0,42	+ 2,5	+ 1,70	+ 10,3
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	16,58	-	16,42	-	-	+ 0,16	+ 1,0
Gummiverarbeitung, Verarbeitung von Asbest	14,37	16,43	13,79	- 2,06	- 14,3	+ 0,58	+ 4,2
Stahl-, Leichtmetall und Schienenfahrzeugbau (ohne Lokomotivbau)	16,40	17,09	16,35	- 0,69	- 4,2	+ 0,05	+ 0,3
Maschinenbau, Lokomotivbau	15,85	18,03	15,51	- 2,18	- 13,8	+ 0,34	+ 2,1
Straßenfahrzeugbau; Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.	14,24	17,63	15,99	- 3,39	- 23,8	- 1,75	- 12,2
Elektrotechnik; Reparatur von elektrischen Geräten für den Haushalt	13,38	15,84	13,69	- 2,46	- 18,4	- 0,31	- 2,3
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren usw.	14,18	15,06	13,22	- 0,88	- 6,2	+ 0,96	+ 6,8
Herstellung von EBM-Waren, Stahlverformung, Oberflächenveredelung, Härtung	14,76	15,23	13,60	- 0,47	- 3,2	+ 1,16	+ 7,9
Holzverarbeitung; Reparatur von Gebrauchsgütern aus Holz u.ä.	15,87	14,39	13,46	+ 1,48	+ 9,3	+ 2,41	+ 15,2
Papier- und Pappeverarbeitung	13,25	13,26	13,10	- 0,01	- 0,1	+ 0,15	+ 1,1
Druckerei, Vervielfältigung	17,77	20,20	16,23	- 2,43	- 13,7	+ 1,54	+ 9,5
Herstellung von Kunststoffwaren	13,40	13,08	12,99	+ 0,32	+ 2,4	+ 0,41	+ 3,1
Textilgewerbe	13,09	12,35	11,93	+ 0,74	+ 5,7	+ 2,14	+ 16,3
Bekleidungsgewerbe	11,02	12,22	10,95	- 1,20	- 10,9	+ 0,07	+ 0,6
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	13,57	15,09	14,14	- 1,52	- 11,2	- 0,57	- 4,2
Hoch- und Tiefbau mit Handwerk (ohne Fertigteilbau im Hochbau	16,31	19,60	16,15	- 3,29	- 20,2	+ 0,16	+ 1,0

Quelle: Statistisches Bundesamt [b, 1984, S. 198]; eigene Berechnungen.

6. Zum Vergleich: Ergebnisse anderer empirischer Untersuchungen

28. Die Frage nach der Relevanz einzelner Standortfaktoren für die Ansiedlungsentscheidungen von Unternehmen ist immer wieder Gegenstand empirischer Analysen gewesen (1). Die folgende Übersicht zeigt Ergebnisse wichtiger Untersuchungen. Während noch bis in die siebziger Jahre hinein vor allem die Ergiebigkeit des Arbeitsmarktes hochrangig bewertet wurde, rückte später ein ausreichendes Angebot an Flächen und Gebäuden stärker in den Vordergrund. Der wichtigste Unterschied zwischen den Ergebnissen der vorliegenden Untersuchung und denen der anderen Arbeiten ist in der Beurteilung des Verhaltens der Behörden zusehen: Sofern in den anderen Untersuchungen das Verhalten der Verwaltungen überhaupt als Ansiedlungsfaktor eine Rolle spielt, nimmt es eine niedrige Rangposition ein. In den Untersuchungen von Fürst, Zimmermann, Hansmeyer (Übersicht) sowie von Freund, Zabel [1978] rangiert das gemeindliche Interesse an Problemen der Unternehmer jeweils auf der letzten Position (9. Rang). Zum Teil mögen die Unterschiede in der Einschätzung der Bedeutung dieses Faktors sicherlich methodisch bedingt sein (Ausgestaltung des Fragebogens, Abgrenzung der Probanden). Die hohe Bewertung in der vorliegenden Untersuchung hat aber auch bestimmt einen realen Hintergrund. Dem Verhalten von Behörden wird mittlerweile sicherlich deshalb mehr Aufmerksamkeit geschenkt, weil Unternehmen in den vergangenen Jahren häufiger schlechte Erfahrungen mit den staatlichen Bürokratien in einigen Ländern und Kommunen gemacht haben.

29. In einer Analyse des Standortwahlverhaltens der Industriebetriebe in den Jahren von 1955 bis 1979 hat Schliebe [1982] ein Muster aufgezeigt, das mit den Ergebnissen dieser Untersuchung recht gut zusammenpaßt:

- Während sich das Ansiedlungsvolumen regional ziemlich gleichmäßig auf Regionen mit großen Verdichtungsräumen und auf ländlich geprägte Regionen verteilt, zeichnet sich neben der Region Mittlerer Neckar besonders die Region Hamburg durch ein starkes Ansiedlungsvolumen aus. Die Raumordnungsregion Hamburg, auf die sich Schliebes Ergebnisse beziehen, umfaßt auch die Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn und das Herzogtum Lauenburg, Kreise also, in denen nach der vorliegenden Untersuchung ebenfalls die häufigsten Ansiedlungen stattgefunden haben.
- Die Mobilität vollzog sich über relativ kurze Entfernungen, das heißt, die Mobilitätsdistanzen zwischen Stamm- und Zweigbetrieben lagen überwiegend in einem mittleren Entfernungsbereich bis etwa 50 km, bei Verlagerungen zwischen altem und neuem Standort betrug die Entfernung sogar selten mehr als 20 km.
- Schliebe verweist darauf, daß in den Gebieten der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" zwar deutlich mehr Arbeitsplätze angesiedelt wurden, als die-

---

(1) In methodischer Hinsicht unterscheidet sich die vorliegende Untersuchung von den meisten anderen dadurch, daß nicht nur Ansiedlungen im industriellen Bereich betrachtet wurden, sondern daß auch Handelsunternehmen und Unternehmen, die sonstige Dienstleistungen anbieten, einbezogen sind. Vor allem aber das Befragen jener, die einmal Interesse an einer Ansiedlung gezeigt haben, dann aber nicht gekommen sind, ist ein Spezifikum dieser Untersuchung.

Übersicht 1 - Rangfolge der wichtigsten Standorteigenschaften in verschiedenen empirischen Untersuchungen

Autoren (Veröffentlichungsjahr)	Wolf (1974)	Brede (1971)	Fürst, Zimmermann, Hansmeyer (1973)	Ballestrem (1974)	IHK-Koblenz (1973)	Kaiser, Hörner (1976)	Freund, Zabel (1978)	Brinkmann, Schliebe (1975)	Lammers, Soltwedel [1986]
Ansiedlungszeitraum der befragten Unternehmen	1945-1971	1955-1964	1966-1970	1966-1971	1967-1972	nicht eingegrenzt	1970-1975	1970-1975	1980-1984
Ansiedlungsregion der befragten Unternehmen	Hessen	Bundesgebiet	Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz, Bayern, Hessen	Nordrhein-Westfalen	IHK-Bezirk Koblenz	Stadtregion Köln	Saarland/Westpfalz	Bundesgebiet	Schleswig-Holstein
Rangfolge der wichtigsten Standortanforderungen	1.quantitativ und qualitativ ausreichendes Betriebsgelände	1. Arbeit	1. Anschluß an überregionales Verkehrsnetz	1.verfügbare Arbeitskräfte	1.fehlende Ausdehnungsmöglichkeiten am alten Standort	1.Arbeitsmarkt	1.Grundstücksreserven für Erweiterungsmöglichkeiten	1.Flächen und Gebäude	1.Ansiedlungsflächen
	2.ausreichendes Arbeitskräftepotential	2.Möglichkeiten der räumlichen Ausdehnung	2.Grundstücksreserven	2.Grundstücksreserven	2.Arbeitskräftereserven	2.Verkehr und Transport	2.guter Anschluß an Autobahnen und Bundesstraßen	2.Arbeitskräfteangebot	2.Verhalten der Behörden
	3.niedrige Grundstückspreise	3.Boden	3.preiswerte Grundstücke	3.Grundstückspreis	3.sonstige Gründe (Rohstoffvorkommen, Übernahmen)	3.Boden und Gebäude	3.Investitionsbeihilfen des Staates	3.Absatz und Transport	3.Sonderabschreibungen
	4.öffentliche Finanzierungshilfen	4.Absatz	4.Angebot ungelernter Arbeitskräfte	4.Verkehrslage	4.zentralere Lage zu den Hauptabsatzgebieten	4.allgemeine Infrastruktur	4.preiswerte Grundstücke	4.private Gründe	4.Investitionszulagen
	5.vorhandene Betriebsgebäude	5.Steuern und öffentliche Vergünstigungen	5.Angebot von Fachkräften	5.erschlossenes Grundstück	5.Verkehrsverhältnisse	5.Absatz und Beschaffung	5.ausreichendes Angebot an gut ausgebildeten Facharbeitern	5.öffentliche Förderung	5.Straßenanbindung, Investitionszuschuß
	6.günstige Verkehrslage zu Absatzmärkten	6.Transportkosten	6-8.niedrige Erschließungskosten	6.vorhandene Gebäude und Anlagen	6.private Gründe	6.industrielle Ballung	6.Kundennähe	6.Rohstoffe	6.ERP-Regionalkredite
	7.sonstige Standortentscheidungsgründe	7.Fühlungsvorteile	6-8.Investitionsbeihilfen, Sonderabschreibungen	7.Hilfe bei Grundstückserwerb		7.sonstige Faktoren	7.niedrige Erschließungskosten		7.Mittelstandsstrukturprogramm
	8.günstige Verkehrslage zu Bezugsmärkten	8.persönliche Präferenzen	6-8.Kredithilfen	8.Baukosten		8.öffentliche Förderung	8.ausreichendes Angebot an ungelernten Arbeitskräften		
	9.Sonderabschreibungen	9.natürliche Bedingungen	9.gemeindliches Interesse an Problemen der Unternehmer	9.Hilfe bei Grundstücksschließung			9.starkes Interesse der Gemeinden an Problemen der Unternehmer		

Quelle: Freund, Zabel [1978, S. 126]; eigene Erhebung.

sen Gebieten aufgrund ihres Gewichtes zugekommen wäre; dieser Eindruck relativiere sich jedoch, wenn berücksichtigt werde, daß es sich dabei in hohem Maße um Verlagerungen aus den Kernstädten von Verdichtungsräumen in die unmittelbar angrenzenden (geförderten) Umlandkreise handelte.

- Unter den Ansiedlungen sind die Industrien mit einem hohen FuE-Einsatz unterrepräsentiert.

30. Steinmetz [1979, S. 169 f] hebt in seiner Analyse der Regionalförderung und Standortentscheidung im Großraum Hamburg hervor, daß im Kreis Stormarn für die Ansiedlungserfolge die Förderung von geringerer Bedeutung gewesen sei als die Vorratspolitik erschlossener Gewerbegrundstücke. Spiegelbildlich dazu dominierten bei den Ursachen der Verlagerungen das Fehlen geeigneter Gewerbegrundstücke und der als zu hoch empfundene Grundstückspreis in Hamburg. Die Untersuchung von Steinmetz [1979, S. 162] macht deutlich, daß für die ganz überwiegend in der Randzone Hamburgs angesiedelten Hamburger Unternehmen der Erhaltung bestehender geschäftlicher Beziehungen zur Kernstadt erstrangige Bedeutung zukommt. Schwierigkeiten mit den Hamburger Behörden waren vor allem für Unternehmen des Handwerks und des Baugewerbes von erheblichem Einfluß für die Entscheidung, das Unternehmen zu verlagern; in der Industrie nimmt dieser Faktor lediglich den Rang 4, im Bereich des Handels und der Dienstleistungen den Rang 5 ein [ibid., S. 151]. Röhr [1983, S. 164 ff.], der die regionalen Beschäftigungswirkungen der Industrieansiedlungen in Schleswig-Holstein untersucht hat, konstatiert, daß sich das mit Abstand größte Beschäftigungswachstum durch Neuansiedlungen auf das Hamburger Umland konzentrierte. Großflächige oder andersförmige Ausbreitungen der Ansiedlungsdynamik waren nicht beobachtbar.

31. Weibert [1985] hat die Industrieansiedlungen (Neuerrichtungen und Verlagerungen) in Schleswig-Holstein für den Zeitraum von 1970 bis 1980 untersucht und dabei die primären Motive zusammengestellt, die die neuangesiedelten Industriebetriebe gegenüber dem Landesarbeitsamt Schleswig-Holstein - Hamburg angegeben haben (Tabelle 16). Die Verfügbarkeit von Ansiedlungsflächen stellt im untersuchten Zeitraum den insgesamt bedeutsamsten Ansiedlungsfaktor dar (1). Die Ergiebigkeit des Arbeitsmarktes hatte einen stark schwankenden Einfluß auf die Standortentscheidung; deutlich spürbar wirken sich hier Unterschiede in der Konjunkturlage aus. Bemerkenswert ist die geringe Bedeutung, die von den Unternehmen der öffentlichen Förderung beigemessen wird.

---

(1) Die Angaben beziehen sich auf sämtliche industriellen Neuansiedlungen, also auch auf Neuerrichtungen und Verlagerungen innerhalb des Landesarbeitsamtsbezirkes Schleswig-Holstein - Hamburg. Die Anzahl der Ansiedlungen in Hamburg war vergleichsweise gering und verzerrt das Bild nicht, so daß die Ergebnisse als repräsentativ für die Industrieansiedlungen in Schleswig-Holstein anzusehen sind [Weibert, 1985, S. 44, Fußnote 2].

Tabelle 16 - Primäre Gründe der Standortwahl von Industriebetrieben im Landesarbeitsamtsbezirk Schleswig-Holstein - Hamburg 1970-1980

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980
	Anzahl der Unternehmen										
Arbeitskräfte	10	9	5	5	1	1	2	4	4	1	5
Raum und Gelände	29	21	17	22	19	14	17	14	10	6	7
Absatz und Transport	4	9	1	2	2	-	1	-	1	2	4
Rohstoffe	-	1	1	-	-	-	-	-	2	2	-
Öffentliche Förderung	5	7	1	1	1	3	3	1	2	-	2
Private Gründe	1	3	3	1	1	1	2	2	4	1	1
Insgesamt	49	50	28	31	24	19	25	21	23	12	19
	Anteile in vH										
Arbeitskräfte	20,4	18,0	17,8	16,1	4,2	5,3	8,0	19,0	17,4	8,3	26,3
Raum und Gelände	59,2	42,0	60,7	71,0	79,1	73,6	68,0	66,7	43,5	50,0	36,8
Absatz und Transport	8,2	18,0	3,6	6,5	8,3	-	4,0	-	4,3	16,7	21,1
Rohstoffe	-	2,0	3,6	-	-	-	-	-	8,7	16,7	-
Öffentliche Förderung	10,2	14,0	3,6	3,2	4,2	15,8	12,0	4,8	8,7	-	10,5
Private Gründe	2,0	6,0	10,7	3,2	4,2	5,3	8,0	9,5	17,4	8,3	5,3
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Weibert [1985, S. 45 f.].

IV. Wirtschaftspolitische Überlegungen zur Verbesserung der Standortqualität Schleswig-Holsteins

1. Dominanz des Hamburger Umlands - eher Chance als Risiko

32. Die Untersuchung machte deutlich, daß Hamburger Unternehmen für Ansiedlungen in Schleswig-Holstein die dominierende Rolle spielen und daß die weitaus meisten Ansiedlungen in Schleswig-Holstein im Umland von Hamburg stattfinden. Über die Hälfte der Wanderungen vollzog sich kleinräumig: aus Hamburg in Standorte, die nicht weit von den Landesgrenzen Hamburgs entfernt liegen. Dabei haben sich vielfältige Komplementaritäten herausgebildet (1). Die angesiedelten Unternehmen können an ihrem neuen Standort den hohen Agglomerations- und

(1) Dieser Prozeß der gegenseitigen Abhängigkeiten - durch den sich offenbar auch ein Süd-Nord-Gefälle innerhalb Schleswig-Holsteins herausgebildet hat - wird auch deutlich an den Verlagerungen von Unternehmen aus dem IHK-Bezirk Kiel heraus und den Verlagerungen von Unternehmen aus Hamburg in diesen Bezirk (der Bezirk umfaßt die kreisfreien Städte Kiel und Neumünster, die Kreise Rendsburg-Eckernförde, Plön, Steinburg und Pinneberg): Die Hamburger Unternehmen wanderten in erster Linie direkt ins Hamburger Umland, die Verlagerungen der Unternehmen aus dem Kammerbezirk Kiel richteten sich zu dreifünftel auf Hamburg und sein Umland.

Bürokratiekosten Hamburgs ausweichen und in den Genuß günstigerer öffentlicher Hilfen gelangen. Sie können aber gleichzeitig weiterhin das große Marktpotential und die Infrastrukturvorteile Hamburgs nutzen, und es ist ihnen oft möglich, große Teile der bisherigen Belegschaft im Unternehmen zu halten. Aus der Sicht Schleswig-Holsteins liegt der Vorteil der Ansiedlungen aus Hamburg in der steigenden wirtschaftlichen Aktivität für dieses Bundesland. Für Hamburg ist der Vorteil dieser Nahwanderungen darin zu sehen, daß wirtschaftliche Lieferverflechtungen bestehen bleiben und daß ein prosperierendes Umland die Metropolfunktion nicht schwächt sondern stärkt. Die Alternative zur Abwanderung Hamburger Betriebe nach Schleswig-Holstein hätte nämlich vermutlich in vielen Fällen darin bestanden, daß die Unternehmen einen Wechsel in andere Bundesländer in Betracht gezogen, unter Umständen ihre Aktivitäten ganz eingestellt, zumindest sich aber nicht so dynamisch entwickelt hätten, wie es an den neuen Standorten geschehen ist.

33. Die Abwanderung Hamburger Unternehmen nach Schleswig-Holstein ist durch zwei Faktoren bedingt, die es bei der wirtschaftspolitischen Bewertung auseinanderzuhalten gilt: Zum einen sind sie die natürliche Folge der hohen Agglomerationskosten in Hamburg. In stark verdichteten Räumen liegen die Kosten für immobile Produktionsfaktoren höher als in peripheren Regionen. Auch werden die Unternehmen durch höhere Steuern und Abgaben belastet, weil die Errichtung und Erhaltung der Infrastruktur in Verdichtungsräumen teurer ist. Wenn Unternehmen aus großen Städten in das Umland abwandern, so weichen sie diesem Kostendruck aus. Und wenn Unternehmen aus Hamburg nach Schleswig-Holstein kommen, so bedeutet dies nichts anderes, als daß von diesen Unternehmen die Kostenvorteile genutzt werden, die Schleswig-Holstein bei einigen Faktoren zu bieten hat.

Die Abwanderungen beruhen aber nicht nur auf Unterschieden bei den Agglomerationskosten, sie wurden auch dadurch verursacht, daß in Schleswig-Holstein die Behörden offenbar wesentlich wirtschaftsfreundlicher eingestellt sind als in Hamburg. Sehr oft wurde in den Fragebögen die Wirtschaftsfreundlichkeit, die Schnelligkeit und die Verläßlichkeit von Behörden in Schleswig-Holstein insbesondere im Gegensatz zu Hamburg hervorgehoben. Was diesen Wettbewerbsvorteil Schleswig-Holsteins angeht, so gilt es zu bedenken, daß er dann in seiner Bedeutung abnimmt, wenn auch in Hamburg die Hemmnisse abgebaut werden, die offenbar im Verhalten der Behörden angelegt sind. Auf mittlere Sicht ist zu erwarten, daß Arbeitslosigkeit und Finanzprobleme es auch in Hamburg notwendig machen, sich wirtschaftsfreundlicher zu verhalten. In dem Maße, in dem dies gelingt, könnten sich auch die Impulse für die südlichen Regionen Schleswig-Holsteins vermindern. Das Land sollte daher bei seiner Ansiedlungspolitik auch weiterhin auf die Lagevorteile dieser Regionen abstellen und nicht darauf, daß das wirtschaftspolitische Klima in Hamburg schlechter als in Schleswig-Holstein ist. Der wirtschaftlichen Entwicklung in Schleswig-Holstein ist am meisten gedient, wenn auch die Wirtschaft in Hamburg prosperiert. Dann kann man nämlich am ehesten erwarten, daß der durch steigende Agglomerationskosten bedingte Abwanderungsprozeß Hamburger Unternehmen auch weiterhin stattfindet, daß die Ausstrahlung auf das Umland noch zunimmt und daß sich die vielfältigen Verflechtungen zwischen Hamburg und dem Umland auch zum Wohl Schleswig-Holsteins weiter verstärken.

34. Die Impulse, die der südliche Landesteil erfährt, wirken jedoch nicht nachhaltig genug auf die übrigen Gebiete. Gefragt sind daher Konzeptionen, die den Standort Schleswig-Holstein insgesamt, insbesondere auch die Hamburg fernen Regionen, attraktiver machen können. Angesichts der schwächeren wirtschaftlichen Entwicklung in Schleswig-Holstein im Vergleich zum Bundesgebiet während der vergangenen Dekade, sollten Überlegungen darüber angestellt werden, wie die wirtschaftliche Dynamik in Schleswig-Holstein insgesamt erhöht werden kann. Dabei kann es nicht nur darum gehen, die Bedingungen für Ansiedlungen zu verbessern. Wichtig ist es auch, die im Lande bestehenden Unternehmen zu stärken und mehr Neugründungen von Unternehmen zu bewirken. Es geht letztlich darum, die unternehmerische Basis in Schleswig-Holstein zu verbreitern und zu vertiefen.

2. *Impulse für Schleswig-Holstein - Aspekte einer Entwicklungsstrategie* (1)

35. Wirtschaftsschwache Räume können ihre wirtschaftliche Entwicklung dauerhaft durch mehr unternehmerisches Engagement erhöhen. Dabei hat der Staat in erster Linie die Funktion, das latent vorhandene unternehmerische Potential zu aktivieren, zu verbreitern und mehr Freiräume für selbständiges wirtschaftliches Handeln zu schaffen.

36. Wenn man das unternehmerische Potential in Schleswig-Holstein stärken will, so müssen in ausreichendem Maße baureife Gewerbe- und (insbesondere) Industrieflächen dort bereitgestellt werden, wo sie besonders stark nachgefragt werden. Die vorliegende Untersuchung hat gezeigt, daß auf der Randlage Schleswig-Holsteins zu Hamburg die Ansiedlung vieler dynamischer Unternehmen beruht; die Verfügbarkeit von Flächen ist dabei der wichtigste Grund für Ansiedlungen von Unternehmen gewesen (Ziffern 21 ff.). Freie Flächen werden jedoch gerade im Hamburger Umland zunehmend knapp (2). Die politische Aufgabe, die sich der Landesregierung, den Kreisverwaltungen und den Kommunen in diesem Zusammenhang stellt, besteht darin, bei den Bürgern die Widerstände gegen neue Gewerbe- und Industrieflächen abzubauen. Hier käme es darauf an, deutlich zu machen, daß für das Entstehen neuer Arbeitsplätze Ansiedlungsflächen eine Grundvoraussetzung sind und daß die Finanzkraft von Kommunen sehr stark davon abhängig ist, ob auf ihrem Gebiet wirtschaftsstarke Betriebe angesiedelt sind. Oft muß, um allein das bestehende Wohlstandsniveau aufrechtzuerhalten, genügend Spielraum gelassen werden, damit die bereits ansässigen Unternehmen expandieren können.

---

(1) Vgl. zu diesem Abschnitt auch Soltwedel [1986].

(2) Dies wurde in Gesprächen mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schleswig-Holstein und z. B. der Wirtschafts- und Aufbaugesellschaft (WAG) Stormarn besonders hervorgehoben. Im unmittelbaren Hamburger Umland des Kreises Stormarn gab es zu Beginn dieses Jahres nur noch Reserven an baureifen Ansiedlungsflächen von knapp 3,5 ha; dies entspricht (nach Einschätzung der WAG) - bei gemäßigten Erwartungen über die konjunkturelle Entwicklung - dem Ansiedlungsvolumen von rund zweieinhalb Jahren. Bedenkt man die lange baurechtliche Vorlaufzeit bevor überhaupt mit den Erschließungsmaßnahmen begonnen werden kann, wird deutlich, daß diese Region Gefahr läuft, wirtschaftlichen - und damit auch möglichen gesellschaftlichen - Fortschritt nicht wahrnehmen zu können.

In diesem Zusammenhang könnte es sich auch als erforderlich erweisen, die landesplanerischen Zielvorgaben kritisch zu überdenken. Dies wäre vor allem dann geboten, wenn sich Ansiedlungswünsche von Unternehmen auf Gemeinden richten, denen diese Zielvorgaben das Ausweisen von Gewerbe- und Industrieflächen bisher versagten (1); besonders problematisch werden solche Vorgaben dann, wenn dazu berechtigte benachbarte Gemeinden - die möglicherweise sogar durch besondere Fördermaßnahmen begünstigt werden - aus (kommunal-) politischen Gründen weitere Ansiedlungsmaßnahmen ablehnen oder sogar beschlossene Erschließungsvorhaben revidieren wollen.

37. Ansiedlungswillige Unternehmen suchen bevorzugt nach Standorten, die verkehrsgünstig gelegen sind. Aus den diesem Gutachten zugrundeliegenden Fragebögen war zu entnehmen, daß Standorte oft deshalb gewählt wurden, weil sie günstig zur Autobahn lagen, bzw. daß Standortangebote verworfen wurden, weil sie keinen Autobahnanschluß hatten. Daher wäre zu überlegen, die Flächen neben den Autobahnen, z.B. zwischen Hamburg und Neumünster, stärker als bisher für Industrie- und Gewerbeansiedlungen zu nutzen (2). Dazu wäre es erforderlich, die bisher überwiegend landwirtschaftlich genutzten Flächen für andere Zwecke freizugeben, was angesichts der Absatzprobleme im Agrarbereich kaum bedenklich erscheint. Auch umweltpolitische Aspekte sprechen kaum gegen einen solchen Vorschlag; man könnte eher als es sonst möglich wäre, davon absehen, Ansiedlungsflächen in der Nähe von Wohngebieten auszuweisen.

38. Die Rahmenbedingungen in Schleswig-Holstein könnten auch durch einen Ausbau der Infrastruktur günstiger gestaltet werden: Insbesondere an Maßnahmen im Verkehrsbereich wäre zu denken. Viele Unternehmen sahen Mängel in der Verkehrsanbindung, und ihre Vorschläge für bessere Ansiedlungsbedingungen bezogen sich zumeist auf diesen Bereich. Eine verbesserte Verkehrsinfrastruktur könnte die Nachteile der peripheren Lage, unter der das Land insgesamt leidet, mildern; sie wäre auch der Erschließung entlegener Regionen innerhalb des Landes dienlich.

Infrastrukturinvestitionen im Verkehrsbereich erfordern in der Regel einen hohen Finanzbedarf. Hier wäre darüber nachzudenken, ob Infrastruktur nicht nur durch den Staat, sondern auch durch Private angeboten werden kann. Soweit die Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen in die Kompetenz des Bundes oder anderer Länder fällt, sollte das Land mit entsprechenden Forderungen an die anderen Körperschaften herantreten. Es könnte sich aber

---

(1) "Es spricht a priori keine Vermutung dafür, daß sich Wachstumsprozesse gerade dort vollziehen werden, wo sie sich nach den raumordnenden Vorstellungen der Planungsbehörden vollziehen sollen oder wo es sie früher gab" [Soltwedel et al., 1986, S. 40].

(2) In den Vereinigten Staaten gibt es eine Fülle von Beispielen der Industrieansiedlung entlang den Highways (z.B. New York-Boston, New York-Trenton). Man mag einwenden, daß Gründe der Verkehrssicherheit (höhere durchschnittliche Geschwindigkeit als in den Vereinigten Staaten) dagegen sprechen, ähnliche Modelle in der Bundesrepublik zu realisieren. Dies ist jedoch kein tragfähiger prinzipieller Einwand: Selbst wenn es mehr Ausfahrten von der Autobahn gäbe, ließen diese sich technisch so gestalten, daß sie den Verkehrsfluß nicht (nennenswert) behindern; die Zahl zusätzlicher Ausfahrten könnte zudem dadurch gering gehalten werden, daß sie durch parallel zur Autobahn verlaufende (Industrie-) Straßen miteinander verbunden werden.

auch als nützlich erweisen, die Kosten dieser Infrastrukturinvestitionen mitzutragen, wenn anders ein erkannter Engpaß nicht zu beseitigen ist. Von Bedeutung ist z.B. sicherlich die schlechte Eisenbahnanbindung Schleswig-Holsteins an das übrige Bundesgebiet, die ursächlich darauf beruht, daß es in Schleswig-Holstein keine elektrifizierten Strecken gibt. Eine Beteiligung des Landes an den Kosten der Elektrifizierung wichtiger Strecken in Schleswig-Holstein (Hamburg-Kiel, Neumünster-Flensburg, Vogelfluglinie) wäre im Hinblick auf die weitere Entwicklung des Landes sicherlich eine bessere Verwendung öffentlicher Finanzmittel als die Stützung nichtwettbewerbsfähiger Unternehmen und Arbeitsplätze in einigen Wirtschaftsbereichen oder auch die Beteiligung an Unternehmen, die von der Landesregierung als zukunftsträchtig angesehen werden (1).

39. Eine wichtige Rolle bei der Verbesserung von Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Aktivitäten spielt die Bildungspolitik. Die Landesregierung sollte noch stärker als bisher Anstrengungen Privater ermuntern, besonders leistungsfähige Schulen, Universitäten und Forschungseinrichtungen zu etablieren. Die Bildungspolitik kann auch dazu beitragen, mehr geeignete Personen als bisher zu Unternehmensgründungen zu veranlassen. Spezielle Veranstaltungsreihen im naturwissenschaftlich-technischen Bereich (Gründungsseminare) der Universität und der Fachhochschulen in Zusammenarbeit mit den betriebswirtschaftlichen Fakultäten, den Industrie- und Handelskammern sowie dem Management von Unternehmen könnten die Aufmerksamkeit von Studenten darauf lenken, sich die eigene Zukunft nicht nur in der Forschungs- und Entwicklungsabteilung von Unternehmen vorzustellen (in abhängiger Beschäftigung), sondern auch als selbständiger Unternehmer, der sich selbst einen Markt für die eigenen technischen Neuerungen sucht. Es geht in erster Linie darum, die Berührungsängste abzubauen, die zwischen der Universität und den Unternehmen durch die Bildungspolitik vergangener Jahre aufgebaut worden sind; ein positives Beispiel eines solchen Transfers zwischen Wissenschaft und Unternehmen und vice versa liefern die Vereinigten Staaten, in denen ein Alternieren zwischen Positionen in Wissenschaft, Wirtschaft und Politik üblich ist (2).

40. Das im Lande vorhandene unternehmerische Potential könnte sich zum Nutzen aller auch dann besser entfalten, wenn wirtschaftlich und auch sozialpolitisch unzweckmäßige Regulierungen beseitigt würden (3). Die Landesregierung hat hier sicherlich sehr viel geringere Kompetenzen als die Bundesregierung, gleichwohl gibt es aber auch für das Land eine Reihe von Möglichkeiten zur Deregulierung. Wichtig ist vor allem, daß die Regierung einen klaren Willen zur Deregulierung entwickelt und sich der Führungsrolle bewußt wird, die sie im Deregulierungsprozeß wahrnehmen kann und im Interesse des Landes auch wahrnehmen sollte. Die Lan-

---

(1) Die Vorteile einer Elektrifizierung von Eisenbahnstrecken in Schleswig-Holstein lassen sich nicht genau quantifizieren. Ein nicht zu unterschätzender Nutzen wird darin liegen, daß sich die Vorstellungen über die Nähe und Erreichbarkeit Schleswig-Holsteins zu bzw. von anderen Regionen positiv verändern werden.

(2) Um langfristig die unternehmerische Basis zu verbreitern, sollte auch in den Lehrplänen für die allgemeinbildenden Schulen auf die wichtige Rolle eingegangen werden, die Unternehmer für die freie Gesellschaft insgesamt erfüllen.

(3) Zur ökonomischen Analyse von Regulierungen vgl. Soltwedel et al. [1986].

desregierung ist dem ganzen Land verpflichtet und nicht einzelnen Interessengruppen; daher muß sie in intensiver Öffentlichkeitsarbeit herausstellen, daß es dem Lande nichts nützt, Regulierungen beizubehalten, die einzelne Gruppen von Wirtschaftssubjekten schützen. Denn viele Regulierungen sind gerade mit Nachteilen für periphere Regionen verbunden, und in der peripheren Lage dürfte letztlich das größte Entwicklungshemmnis für Schleswig-Holstein liegen.

41. Im Rahmen einer konsequent verfolgten Deregulierungsstrategie sollte das Land insbesondere den Verkehrsbereich ins Visier nehmen. Da hier die Bundeskompetenz dominiert, müßte die Landesregierung im Interesse Schleswig-Holsteins entschieden für eine Liberalisierung im Verkehrssektor eintreten (1). Viele Maßnahmen benachteiligen die Küstenländer, z.B. die Gestaltung der Frachtraten im Güterfernverkehr. Auch die Regulierung im Luftverkehr dürfte sich nachteilig für Schleswig-Holstein auswirken. Bei einer Deregulierung im Luftverkehr wäre z.B. denkbar, daß Verbindungen zwischen schleswig-holsteinischen Städten und Zentren in der Bundesrepublik oder im Ausland (Dänemark) von Privaten eingerichtet werden.

42. Deregulierung ist auch im Bereich der Telekommunikation geboten, damit Vorteile, die sich durch neue Technologien bieten, für periphere Regionen genutzt werden können. Die neuen Technologien und Medien können helfen, Wissen zu vermehren, den Zugang zum Wissen und seine Umsetzung in der praktischen wirtschaftlichen Anwendung zu erleichtern und dadurch Produktivitätsfortschritte zu erzielen.

Verbesserungen in der Kommunikation haben ausgeprägte raumwirtschaftliche Dimensionen [Lange et al., 1985]. Sie können nämlich dazu beitragen, ökonomische Entfernungen zu verkürzen, sei es dadurch, daß der Zeitbedarf für Kommunikation verringert wird, sei es dadurch, daß die Kosten für Kommunikation sinken. Ein wichtiger Aspekt hierbei ist, daß die Entfernungsabhängigkeit der Kommunikationskosten kaum noch eine Rolle spielt gegenüber den nutzungsabhängigen Kosten [Busch, 1986]. Es ist aber zu befürchten, daß die Deutsche Bundespost die erforderlichen Infrastrukturinvestitionen aus Ertragsgründen in den am stärksten verdichteten Räumen durchführen wird. Eine solche Strategie birgt für periphere Regionen die Gefahr, daß sich deren Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu den Ballungsgebieten weiter verschlechtert; auch könnten potentielle Unternehmensgründungen deswegen unterbleiben, weil ihnen die Chancen dieser neuen Technologien verschlossen blieben. Um die Gefahr verstärkten Zurückbleibens abzuwenden, ist es erforderlich, daß die Landesregierung mit aller Entschiedenheit die Deutsche Bundespost oder den Gesetzgeber drängt, das Monopol aufzulockern und in einem deregulierten Markt auch Private zum Zuge kommen zu lassen (2).

Diese Deregulierung sollte sich sowohl auf den Endgerätemarkt beziehen, aber - und dies ist aus regionalpolitischer Sicht besonders bedeutsam - auch eine Öffnung des Netzbereichs für private Unternehmen einschließen. Eine solche Öffnung betrifft zwei Aspekte: erstens den Dienstleistungswettbewerb, bei dem private Unternehmen in Konkurrenz zur Bundespost Kom-

---

(1) Eine Strategie zur Liberalisierung der Verkehrsmärkte findet sich bei Soltwedel et al. [1986, S. 234 ff.].
(2) Vgl. zum folgenden Soltwedel et al. [1986, S. 148 ff.].

munikationsdienste anbieten. Dabei werden entweder Leitungen von der DBP angemietet oder eigene Netzkapazitäten genutzt. Zweitens den Netzwettbewerb, bei dem neben öffentlichen Kommunikationsnetzen der DBP private Unternehmen selbständig Netze installieren, die sie für ihre eigenen Zwecke nutzen oder Dritten als Dienstleistung zur Verfügung stellen.

43. Strukturschwache Regionen können ihre Situation aus eigener Kraft - gerade innerhalb eines einheitlichen Währungsgebietes - dauerhaft nur durch verbesserte Angebotsbedingungen verbessern (1). Eine wichtige Voraussetzung dafür sind marktgerechte Preise für immobile Produktionsfaktoren, insbesondere für den Produktionsfaktor Arbeit. Marktgerechte Preise für diesen Produktionsfaktor stellen sich aber oft deshalb nicht ein, weil die Tarifverträge den örtlichen Gegebenheiten des Arbeitsmarktes nicht Rechnung tragen oder weil der Staat massiv in die Vertragsfreiheit auf dem Arbeitsmarkt eingreift und die Tarifvereinbarungen von Gewerkschaften und Arbeitsgeberverbänden auch auf nicht organisierte Arbeitnehmer und Arbeitgeber zwangsweise ausdehnt (Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen).

Innerhalb Schleswig-Holsteins gibt es trotz regional unterschiedlicher Wirtschaftskraft und Arbeitsmarktlage keine Ortsklassenunterschiede in den Tarifverträgen mehr: Der kleinste einheitliche Tarifbereich ist das Land selbst [vgl. Statistisches Bundesamt, a]. Wenn für Schleswig-Holstein - was relativ selten der Fall ist - Tarifverträge geschlossen werden, so orientieren sie sich oft an den Verhältnissen im Bundesgebiet. Es überwiegen aber Tarifverträge, in denen Schleswig-Holstein im Verbund mit anderen Regionen auftritt oder die gar bundesweite Geltung haben. Um nur drei Beispiele herauszugreifen: Im Bereich der metallverarbeitenden Industrie gilt beispielsweise in allen Bundesländern das gleiche Tariflohnraster [Soltwedel, 1984] (2); auch für die Zimmerei und Dachdeckerei gelten (mit Ausnahme von Bayern) bundesweit die gleichen Tariflöhne, ebenso für Wäschereien und Reinigungsunternehmen [vgl. Statistisches Bundesamt, a].

Durch die Allgemeinverbindlicherklärung wird Außenseiterkonkurrenz am Arbeitsmarkt vermindert, denn die organisierten Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben ein Interesse daran, "Schmutzkonkurrenz" und "Lohndrückerei" zu unterbinden (3). Solche Tarifverträge bestehen in Schleswig-Holstein z.B. für die Textilindustrie und die Bekleidungsindustrie, das Baugewerbe, das Dachdeckerhandwerk, den Gerüstbau, den Einzelhandel, das Bewachungsgewerbe,

---

(1) Eine Politik, die in erster Linie auf Umverteilung gerichtet ist, läuft Gefahr, aus gesamtwirtschaftlicher Sicht nicht nur wegen der mit ihr verbundenen Bürokratiekosten, sondern auch wegen der leistungsmindernden Effekte bei Nehmern und Gebern auf lange Sicht in ein Negativ-Summenspiel zu führen. Diese Betrachtungsweise läßt sich auf die Subventionspolitik generell anwenden. Vgl. dazu Gerken et al. [1985].

(2) Auch in der Tariflohnrunde im Mai 1986 kam es nicht zu Abschlüssen, die die vergleichsweise schlechte wirtschaftliche Lage Schleswig-Holsteins berücksichtigten, und auch nicht zu branchenspezifischen Abweichungen, die den Problemen der Werften Rechnung trugen. Die Vereinbarung von Tariflohnerhöhungen wie im übrigen Bundesgebiet ging einher mit Appellen der IG Metall Schleswig-Holstein an Bundesregierung und Reeder, die Arbeitsplätze der Schiffbauer zu erhalten ("Einigung auch im 'Nordverbund'", Handelsblatt vom 22. Mai 1986).

(3) Vgl. hierzu z.B. Soltwedel [1984, S. 77f.] und Herschel [1959].

das private Omnibusgewerbe sowie für das Gebäudereinigerhandwerk (1). Damit wird besonders im tertiären Sektor durch das staatliche Eingreifen in die Vertragsfreiheit das Entstehen von neuen Unternehmen und damit auch neuen Arbeitsplätzen behindert. Aus empirischen Untersuchungen weiß man jedoch, daß gerade der tertiäre Sektor und in diesem vor allem kleine und junge Unternehmen außerordentlich wichtig sind, um mehr Beschäftigungsmöglichkeiten zu eröffnen [vgl. Birch, 1979; 1984; Schatz, 1984; Aiginger, Tichy, 1984]. Es wäre zu erwägen, in Zukunft keine Tarifverträge mehr für allgemeinverbindlich zu erklären bzw. in den Fällen Einspruch einzulegen, in denen der Bundesarbeitsminister die Zuständigkeit nicht delegiert hat und selbst entscheidet. Durch den Verzicht auf dieses Instrument könnte bei den Tarifvertragspartnern auch das Bewußtsein dafür gestärkt werden, daß Tarifautonomie nicht nur das Recht beinhaltet, die Preise am Arbeitsmarkt auszuhandeln, sondern auch die Verpflichtung, auf die tatsächliche Marktlage - und damit auf die Arbeitslosen - Rücksicht zu nehmen. Dadurch könnte beispielsweise erreicht werden, daß Tarifverträge stärker regional differenziert werden.

44. Strukturschwache Regionen leiden ganz besonders unter bundeseinheitlichen Regulierungen und bürokratischen Hemmnissen. Will die Bundesregierung diese Bremsfaktoren nicht bundesweit beseitigen - was das Beste wäre -, so sollte sie doch den einzelnen Bundesländern ermöglichen, Deregulierungen für das Land insgesamt oder für einzelne Gebiete durchzuführen. Räumlich begrenzte Gebiete freierer Wirtschaftsaktivität können einen positiven Beitrag zur wirtschaftlichen Belebung strukturschwacher Regionen und zur Gesamtwirtschaft leisten [Sternlieb, Listokin, 1981; Schatz, Spinanger, 1984]. Insbesondere wäre zu prüfen, ob für solche Zonen z.B. baurechtliche Vorschriften flexibler ausgestaltet, Ladenschlußzeiten aufgehoben, das Arbeitszeitgesetz gelockert, die Unabdingbarkeit von Tarifverträgen eingeschränkt, Umweltschutzvorschriften vereinfacht und Zugangsbarrieren abgebaut werden können. Der Errichtung von Zonen freier Wirtschaftsaktivität in der Bundesrepublik stehen weder EG-Recht noch das Grundgesetz entgegen. Der Abbau von bestehenden Hemmnissen bedarf zwar zumeist gesetzgeberischer Aktivität auf der Bundesebene, die Initiative dafür kann aber nicht nur vom Bund, sondern auch von den Ländern oder Kommunen ausgehen. In anderen Ländern der Europäischen Gemeinschaft, so zum Beispiel in Irland, Großbritannien, Belgien und auch in Frankreich wurde in vielfältiger Weise versucht, durch das Instrument der Freizonen regionale Entwicklungsimpulse zu geben (2). In Frankreich wurde - und dies ist für ein Küstenland besonders interessant - während der letzten Jahre eine Reihe von Freihäfen eingerichtet (z.B. Le Havre). Auch in Schleswig-Holstein gäbe es durchaus geeignete Standorte für die Errichtung von Freihäfen.

---

(1) Schriftliche Informationen des Sozialministeriums Schleswig-Holstein über die vom Sozialminister des Landes für allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträge vom 11.6.1985.
(2) Detaillierte Beispiele finden sich bei Schatz, Spinanger [1984].

Anhangtabelle - Umfang, Rücklauf und Verwertbarkeit der Fragebögen

	Befragung angesiedelter Unternehmen		Befragung von Unternehmen, die sich für eine Ansiedlung interessiert haben		Beide Befragungen zusammen	
	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH
Verschickte Fragebögen davon:	130	100,0	472	100,0	602	100,0
Keine Antwort und keine Hinweise auf Verbleib des Fragebogens	69	53,1	301	63,8	370	61,5
Adressat will Fragebogen nicht beantworten	0	0,0	20	4,2	20	3,3
Adressat des Fragebogens ist unbekannt verzogen	9	6,9	63	13,3	72	12,0
Adressat kann Fragebogen nicht beantworten	10	7,7	17	3,6	27	4,5
Firma existiert nicht mehr oder ist im Konkurs	4	3,1	11	2,3	15	2,5
Ausgefüllte Fragebögen nicht verwertbar	2	1,5	3	0,6	5	0,8
Ausgefüllte Fragebögen verwertbar	36	27,7	57	12,1	93	15,4

Literaturverzeichnis

AIGINGER, Karl, Gunther TICHY, Die Größe der Kleinen. Die überraschenden Erfolge kleiner und mittlerer Unternehmen in den achtziger Jahren. Wien 1984.

BIRCH, David, The Job Generation Process. Cambridge, Mass., 1979.

--, "The Contribution of Small Enterprise to Growth and Employment". In: Herbert GIERSCH (Ed.), New Opportunities for Entrepreneurship. Symposium 1983. Tübingen 1984, S. 1-17.

BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT, Arbeitsstatistik, Jahreszahlen. Nürnberg, versch. Jgg.

BUSCH, Axel, "Die Gebührenpolitik der Deutschen Bundespost im Telekommunikationssektor auf dem Prüfstand. Ein Beitrag zur Deregulierungsdiskussion in der Bundesrepublik Deutschland". Die Weltwirtschaft, 1986, H. 1, S. 106-120.

DEUTSCHER BUNDESTAG, Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". Bundestags-Drucksache, versch. Jgg.

FREUND, Ulrich, Gerhard ZABEL, Regionale Wirkungen der Wirtschaftsstrukturförderung. Schriftenreihe "Raumordnung" des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bonn 1978.

FÜRST, Dietrich, Klaus ZIMMERMANN, Karl Heinrich HANSMEYER (Hrsg.), Standortwahl industrieller Unternehmen. Gesellschaft für Regionale Strukturentwicklung, Schriftenreihe, Bd. 1, Bonn 1973.

GERKEN, Egbert, Karl Heinz JÜTTEMEIER, Klaus-Werner SCHATZ, Klaus-Dieter SCHMIDT, Mehr Arbeitsplätze durch Subventionsabbau. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 113/114, Oktober 1985.

HERSCHEL, Wilhelm, "Zur Rechtsnatur der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen". In: Sozialreform und Sozialrecht. Festschrift für Walter Bogs. Berlin 1959, S. 125-137.

LAMMERS, Konrad, "Strukturelle Aspekte der regionalen Wirtschaftsförderung". In: GESELLSCHAFT FÜR REGIONALFORSCHUNG (Hrsg.), Seminarbericht 18. Heidelberg 1983.

--, Carsten S. THOROE, Sachkapitalförderung oder Humankapitalförderung in der regionalen Wirtschaftspolitik? Institut für Weltwirtschaft, Kieler Arbeitspapiere, 156, September 1982.

--, Rüdiger SOLTWEDEL, Verbesserung der Ansiedlungsbedingungen für Unternehmen in Schleswig-Holstein. Gutachten für den Minister für Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein. Kiel 1986.

LANGE, Siegfried, Peter GEORGIEFF u.a., Tele atik und regionale Wirtschaftspolitik. Karlsruhe 1985.

RÖHR, Wolfgang, Regionale Beschäftigungswirkungen der Industrieansiedlung. Eine empirische Untersuchung für Schleswig-Holstein zwischen 1970 und 1980. Diss., Universität Hamburg, 1983.

SCHATZ, Klaus-Werner, Die Bedeutung kleiner und mittlerer Unternehmen im Strukturwandel. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 103, November 1984.

--, Dean SPINANGER, Zonen freier Wirtschaftsaktivität. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 105, Dezember 1984.

SCHLIEBE, Klaus, unter Mitarbeit von Dieter HILLESHEIM, Industrieansiedlungen. Das Standortverhalten der Industriebetriebe in den Jahren von 1955 bis 1979. Forschungen zur Raumentwicklung, Bd. 11, Bonn 1982.

SOLTWEDEL, Rüdiger, Staatliche Interventionen am Arbeitsmarkt - Eine Kritik. Diss., Christian-Albrechts-Universität Kiel, 1984.

--, "Süd-Nord-Gefälle - Signal für politischen Handlungsbedarf?". In: Rüdiger von VOSS, Karl FRIEDRICH (Hrsg.), Das Süd-Nord-Gefälle. Gemeinsame Strategien für neue Strukturen. Stuttgart 1986, S. 45-67.

--, Axel BUSCH, Alexander GROSS, Claus-Friedrich LAASER, Deregulierungspotentiale in der Bundesrepublik. Kieler Studien, 202, Tübingen 1986.

STATISTISCHES BUNDESAMT [a], Fachserie 16: Löhne und Gehälter, Reihe 4.1: Tariflöhne. Stuttgart 1985.

-- [b], Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftskraft der Bundesländer. Stuttgart, lfd. Jgg.

STEINMETZ, Frank, Regionale Wirtschaftsförderung und Standortentscheidung im Großraum Hamburg. Hamburg 1979.

STERNLIEB, George S., David LISTOKIN (Eds.), New Tools for Economic Development: The Enterprise Zone, Development Bank and RFC. Piscataway, N.J., 1981.

WEIBERT, Wolfgang, Die Industrieansiedlungen in Schleswig-Holstein im Zeitraum 1970-1980. Beiträge aus dem Institut für Regionalforschung der Universität Kiel, 5, Kiel 1985.